

# Verhaltener Wirtschaftsaufschwung bei notwendiger Budgetkonsolidierung

## Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2010 bis 2012 vom Juni 2010

Christian Ragacs,  
Klaus Vondra<sup>1</sup>

### 1 Zusammenfassung

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) geht in ihrer vorliegenden Prognose von einem Wachstum der realen Wirtschaft Österreichs von 1,6% im Jahr 2010 aus, nachdem diese 2009 um 3,4% geschrumpft war. In den Jahren 2011 und vor allem 2012 wird sich das Wachstum deutlich beschleunigen (1,8% bzw. 2,1%). Im Vergleich zur Dezemberprognose 2009 stellen sich die Konjunkturaussichten nunmehr insbesondere infolge der rascheren Erholung des Welthandels sowohl für 2010 (+0,4 Prozentpunkte) als auch für 2011 (+0,2 Prozentpunkte) günstiger dar. Für 2012 wird ein dem langfristigen

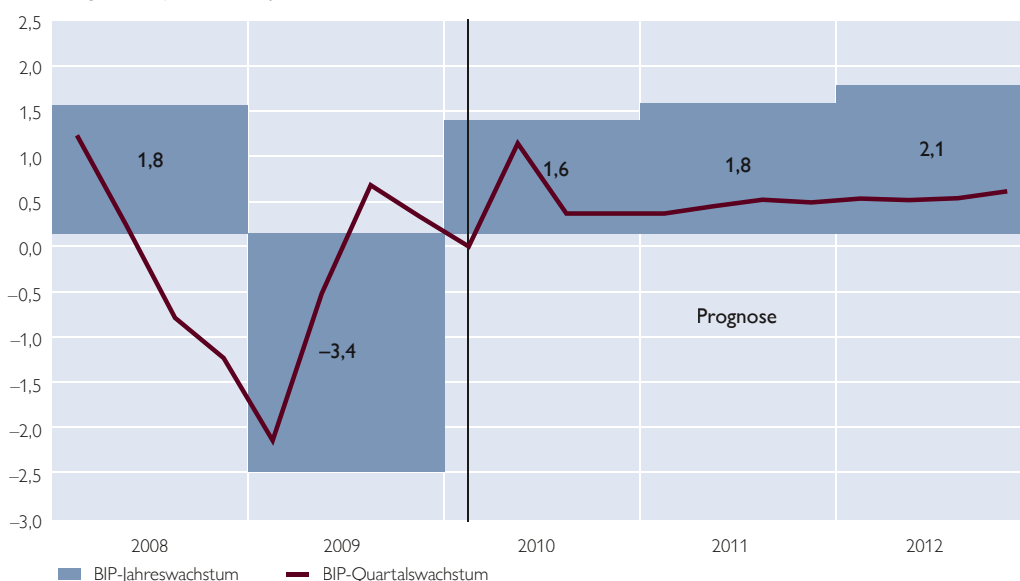
Durchschnitt entsprechendes Wachstum der österreichischen Realwirtschaft erwartet.

Die seit Sommer 2009 zu beobachtende rasche Erholung des Welthandels begünstigt den Aufschwung der österreichischen Wirtschaft. Für 2010 wird wieder ein positives Wachstum der heimischen *Exporte* im Ausmaß von 4,6% erwartet. Im Vergleich zu früheren Aufschwüngen ist das Exportwachstum zunächst moderat. 2011 und 2012 wird aber eine Beschleunigung auf 5,4% bzw. 6,1% prognostiziert. Der Einbruch der Exportnachfrage, die Verschlechterungen der Finanzierungsbedingungen und die allgemeine Verunsicherung infolge

Grafik 1

### Wachstum des realen BIP (saison- und arbeitstägig bereinigt)

Veränderung zum Vorquartal bzw. Vorjahr in %



Quelle: Eurostat, OeNB.

Redaktionsschluss:  
27. Mai 2010

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, Christian.Ragacs@oenb.at, Klaus.Vondra@oenb.at. Unter Mitarbeit von Friedrich Fritzer, Ernest Gnan, Walpurga Köhler-Töglhofer, Peter Mooslechner, Lukas Reiss und Alfred Stiglbauer.

der Krise haben im Jahr 2009 zu einem starken Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (-8,5%) und der Bruttoanlageinvestitionen insgesamt geführt (-7,5%). Die *Bruttoanlageinvestitionen* werden zwar ab Mitte des Jahres 2010 wieder wachsen, für das Gesamtjahr 2010 wird sich aber trotzdem ein Rückgang von 4,5% ergeben. Erst 2011 (1,5%) und 2012 (2,9%) wird wieder mit einem positiven, historisch gesehen aber unterdurchschnittlichen Wachstum der Investitionstätigkeit gerechnet.

Der *private Konsum* wirkte im bisherigen Verlauf der Krise konjunkturstabilisierend. Sogar im Jahr 2009 wies er noch ein schwach positives Wachstum (0,8%) auf, wobei die vergleichsweise hohen Lohnzuwächse, die Einkommensteuerreform, die sehr geringe Inflation und die noch niedrige Arbeitslosenquote unterstützend wirkten. Einige dieser Effekte werden im Jahr 2010 nicht mehr wirksam sein; so werden etwa die Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigten aufgrund der niedrigeren Tariflohnabschlüsse weitaus langsamer steigen (1,3%) als 2009 (2,4%). Die Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen werden jedoch wieder zunehmen (1,6%) und in Verbindung mit den öffentlichen Nettotransferleistungen das verfügbare Haushaltseinkommen stabilisieren. Aufgrund der höheren Inflation wird aber das real verfügbare Haushaltseinkommen 2010 stagnieren. Da sowohl die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das erste Quartal 2010 als auch die Vorlaufindikatoren eine anhaltend robuste Konsumnachfrage signalisieren, wird für 2010 ein Konsumwachstum von 1,1% erwartet. Im Verlauf der Jahre 2011 und 2012 wird das Wachstum des privaten Konsums durch den in der vorliegenden Prognose erwarteten restriktiven Ausgabenpfad der öffentlichen Hand gedämpft.

Die Sparquote wird im Jahr 2010 (10,1%) sinken und 2011 bzw. 2012 auf annähernd gleichem Niveau verharren.

Im Zuge der Krise ist die *Arbeitslosenquote* (Eurostat-Definition) von 3,8% (2008) auf 4,8% (2009) gestiegen. Erfreulicherweise ist die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich im März 2010 erstmals zurückgegangen, auch die Anzahl an offenen Stellen hat leicht zugenommen. Österreich weist im ersten Quartal 2010 die zweitniedrigste Arbeitslosenquote im Euroraum auf. Auch die Beschäftigung in Stunden ist im ersten Quartal 2010 wieder gewachsen. Angesichts der Schwere des Wirtschaftseinbruchs überrascht sowohl der im internationalen als auch im historischen Vergleich geringe Anstieg der Arbeitslosenquote sowie die vergleichsweise rasche Rückkehr zu positivem Beschäftigungswachstum. Offenkundig waren die heimischen Unternehmen bestrebt, ihren Beschäftigtenstand nach Möglichkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und Abbau von Urlaubsansprüchen zu halten. Unterstützt wurde dieses Vorgehen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie die Kurzarbeit. Das Arbeitsangebot wird im Prognosezeitraum leicht wachsen. Das Wirtschaftswachstum wird zu gering sein, um nachfrageseitig die Arbeitslosenquote zu reduzieren. Für 2010 und 2011 wird daher ein weiterer geringer Anstieg der Arbeitslosenquote auf 5,0% bzw. 5,1% prognostiziert. 2012 wird sie auf diesem Niveau verharren.

Die *HVPI-Inflationsrate* stieg vor allem infolge der Preissteigerungen bei Energie im März und April 2010 auf 1,8%. Im weiteren Verlauf des Jahres 2010 werden keine wesentlichen Veränderungen des HVPI erwartet. Für das Gesamtjahr 2010 ergibt sich somit – nach einer äußerst niedrigen Inflation von 0,4% im Jahr 2009 – eine HVPI-

**Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Juni 2010 für Österreich<sup>1</sup>**

	2009	2010	2011	2012
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>				
Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Bruttoinlandsprodukt	-3,4	+1,6	+1,8	+2,1
Privater Konsum	+0,8	+1,1	+0,9	+1,0
Öffentlicher Konsum	+1,0	+0,7	+0,6	+0,6
Bruttoanlageinvestitionen	-7,5	-4,5	+1,5	+2,9
Exporte insgesamt	-15,0	+4,6	+5,4	+6,1
Importe insgesamt	-13,1	+1,3	+4,3	+5,2
<b>Beiträge zum Wachstum des realen BIP</b>				
in Prozentpunkten				
Privater Konsum	+0,4	+0,6	+0,5	+0,5
Öffentlicher Konsum	+0,2	+0,1	+0,1	+0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-1,6	-0,9	+0,3	+0,6
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	-1,0	-0,2	+0,9	+1,2
Nettoexporte	-2,0	+1,8	+0,9	+0,9
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	-0,4	+0,0	+0,1	+0,0
<b>Preise</b>				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+0,4	+1,7	+1,7	+1,8
Deflator des privaten Konsums	+1,2	+1,7	+1,8	+1,8
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+1,8	+1,7	+1,7	+1,8
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+4,8	-0,1	+0,6	+0,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+2,4	+1,3	+1,9	+2,1
Produktivität in der Gesamtwirtschaft	-2,3	+1,4	+1,3	+1,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (real)	+1,2	-0,4	+0,1	+0,3
Importpreise	-1,9	+1,0	+1,7	+1,9
Exportpreise	-1,6	+1,4	+1,9	+1,9
Terms of Trade	+0,2	+0,4	+0,2	+0,0
<b>Einkommen und Sparen</b>				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-1,1	+0,1	+0,8	+1,5
in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	11,0	10,1	10,0	10,2
<b>Arbeitsmarkt</b>				
Veränderung zum Vorjahr in %				
Unselbstständig Beschäftigte	-0,8	+0,2	+0,6	+0,7
in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote laut Eurostat	4,8	5,0	5,1	5,1
<b>Budget</b>				
in % des nominellen BIP				
Budgetsaldo (Maastricht)	-3,4	-4,5	-4,2	-3,9
Staatsverschuldung	66,5	69,2	71,3	72,8

Quelle: 2009: Eurostat, Statistik Austria; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

<sup>1</sup> Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt. Die historischen Werte für das Jahr 2009 weichen daher von den von Statistik Austria publizierten, nicht bereinigten, Daten ab.

Inflation von 1,7%. Nach unveränderter Inflation im Jahr 2011 wird für 2012 aufgrund leicht erhöhter Preise für langlebige Konsumgüter ein geringfügiger Anstieg auf 1,8% prognostiziert.

Die Effekte der Finanzkrise auf die Realwirtschaft wurden durch die international abgestimmte, expansive *Fiskal-*

*politik* gedämpft. Auch in Österreich unterstützten diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen (Konjunkturpakete, Einkommensteuerreform, Arbeitsmarktpakete, Ökoprämie, aber auch die Beschlüsse des Nationalrats vom 24. September 2008) im Jahr 2009 die realwirtschaftliche Entwicklung; sie werden

auch noch 2010 positiv zum Wirtschaftswachstum beitragen. Durch die umfangreichen Stimulierungsmaßnahmen und vor allem auch durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, erreichte das gesamtstaatliche Defizit 2009 3,4% des BIP. Aufgrund der schwachen Entwicklung der Lohnsumme und der teilweise zeitverzögerten Reaktion der Steuereinnahmen auf die diskretionären Stabilisierungsmaßnahmen (Teile des Familienpakets, befristete degressive Abschreibung etc.) werden 2010 die öffentlichen Abgaben stagnieren; das Defizit wird daher weiter auf 4,5% des BIP steigen. Erst 2011 bzw. 2012 wird es infolge der erwarteten restriktiven Ausgabenpolitik des Bundes auf 4,2% bzw. 3,9% des BIP sinken. Vom Wirtschaftswachstum gehen allerdings kaum defizitreduzierende Effekte aus. Die Staatsschuldenquote wird im Prognosezeitraum von 66,5% des BIP (Ende 2009) auf knapp 73% des BIP im Jahr 2012 zunehmen. In Übereinstimmung mit den Regeln des Eurosystems werden in der vorliegenden Prognose nur fiskalpolitische Maßnahmen berücksichtigt, die bereits beschlossen wurden oder hinreichend detailliert sind und knapp vor ihrer gesicherten Beschlussfassung durch das Parlament stehen.

In einem *Szenario* wird deshalb die Konjunktorentwicklung unter der Annahme, dass der im österreichischen Stabilitätsprogramm festgelegte Budgetkonsolidierungspfad eingehalten wird, geschätzt. Das Maastricht-Budgetdefizit wäre demnach in den Jahren 2011 und 2012 mit 4,0% bzw. 3,3% des BIP um 0,2 bzw. 0,6 Prozentpunkte niedriger. Für das Wirtschaftswachstum ergibt sich für diese beiden Jahre unter dieser Annahme eine Dämpfung auf jeweils 1,7% (d. h. um 0,2 bzw. 0,4 Prozentpunkte weniger als im Basisszenario). Weitere geringfügige

negative Effekte auf das Wirtschaftswachstum können sich durch die parallele Konsolidierung der anderen EU-Staaten ergeben.

Die negativen Wachstumswirkungen einer Einhaltung der Stabilitätsprogramme im Vergleich zum Basisszenario könnten insoweit überzeichnet sein, als vor dem Hintergrund der hohen Marktnervosität über die Nachhaltigkeit öffentlicher Verschuldung im Euroraum die Nichteinhaltung der Stabilitätsprogramme mit einem neuerlichen Anstieg bei Risikoprämien auf europäische Staatsanleihen einhergehen könnte, die die dargestellten höheren Wachstumsraten im Basisszenario unrealistisch werden ließen.

## 2 Annahmen der Prognose

Die vorliegende Prognose für Österreich ist der Beitrag der OeNB im Rahmen der Prognose des Eurosystems vom Juni 2010. Der Prognosehorizont reicht vom ersten Quartal 2010 bis zum vierten Quartal 2012. Die Annahmen zur Entwicklung der Weltwirtschaft sowie die Annahmen im Hinblick auf Zinssätze, Wechselkurse und Rohölpreise berücksichtigen Entwicklungen bis einschließlich 25. Mai 2010. Die Prognose wurde unter Verwendung des makroökonomischen Quartalsmodells der OeNB erstellt. Als wichtigste Datengrundlage dienen die vom Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) berechneten, saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR, die bis zum vierten Quartal 2009 vollständig vorliegen. Für das erste Quartal 2010 steht die BIP-Schnellschätzung zur Verfügung, die aber nur einen Teil der VGR-Aggregate abdeckt. Der für den Prognosehorizont unterstellte kurzfristige Zinssatz basiert auf den Markterwartungen für den Drei-Monats-EURIBOR. Dieser liegt für die Jahre 2010 bis 2012 bei 0,8%, 1,1% und

1,7%. Die langfristigen Zinssätze orientieren sich an den Markterwartungen für Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren und liegen für die Jahre 2010 bis 2012 bei 3,4%, 3,8% und 4,2%. Für die weitere Entwicklung des EUR/USD-Wechselkurses wird von einem konstanten Kurs von 1,26 USD/EUR ausgegangen. Die angenommene Entwicklung der Rohölpreise orientiert sich an den Terminkursen. Für das Jahr 2010 wird ein Erdölpreis in Höhe von 79,5 USD/Barrel Brent und für die Jahre 2011 und 2012 von 83,7 bzw. 86,3 USD/Barrel Brent unterstellt. Die Preise für Rohstoffe ohne Energie folgen im Prognosehorizont ebenfalls den Terminkursen.

### 3 Weltwirtschaft wieder auf Wachstumskurs, Euroraum hinkt nach

Die Weltwirtschaft erholt sich rascher als im Rahmen der OeNB-Prognose vom Dezember 2009 unterstellt worden war. Die umfangreichen Hilfsmaßnahmen für den Finanzsektor stabilisierten wieder das Vertrauen der Finanzmärkte. Darüber hinaus stützten das historisch gesehen sehr niedrige Zinsniveau und die weltweit durchgeführten Konjunkturprogramme die realwirtschaftliche Entwicklung. Trotzdem ist das gegenwärtig erwartete Wirtschaftswachstum in vielen Ländern zu niedrig, um die auf Rekordniveau gestiegene Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Zudem ist die aktive und passive (automatische Stabilisatoren) Stabilisierung der Realwirtschaft mit hohen Kosten in Form von sich rasch verschlechternden Budgetsalden und stark steigenden öffentlichen Schuldenquoten mit der Notwendigkeit von umfangreichen Konsolidierungen spätestens nach Ende der Wirtschaftskrise verbunden. Stark ansteigende öffentliche Schulden und die dadurch verursachten

Finanzierungsprobleme auf den Finanzmärkten von einigen Euroraum-Ländern verlagern den wirtschaftspolitischen Fokus auf die Konsolidierungsnotwendigkeit der öffentlichen Haushalte. Auch das Vereinigte Königreich und die USA stehen vor der Notwendigkeit, die staatlichen Konjunkturprogramme auslaufen zu lassen und Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten.

*China* ist Vorreiter der globalen Erholung. Obwohl Chinas Leistungsbilanzüberschuss von knapp 10% des BIP (2008) im Krisenjahr 2009 auf rund 6% gesunken ist, wird erwartet, dass die makroökonomischen Ungleichgewichte bis zum Ende des Prognosehorizonts erhalten bleiben. *Japan* war weltweit am stärksten vom Einbruch des Welthandels betroffen, die japanische Wirtschaftsleistung ist 2009 auf das Niveau von 2003 gefallen. Seit dem vierten Quartal 2009 befindet sich die japanische Wirtschaft – getragen von stärkeren Exporten vor allem in den asiatischen Raum und durch einen Anstieg der Inlandsnachfrage – aber wieder im Aufschwung.

Die *US-amerikanische Wirtschaft* erholt sich deutlich rascher als noch in der Dezemberprognose unterstellt. Die Stabilisierung der Wirtschaft ist fast ausschließlich auf wirtschaftspolitische Eingriffe zurückzuführen, die langsam auslaufen. Die Arbeitslosigkeit ist auf das durchschnittliche Niveau Europas gestiegen und stellt einen Bremsfaktor für den privaten Konsum dar. Im Vergleich zu früheren Krisen wird jedoch nach wie vor von einer langsameren Erholung der US-amerikanischen Wirtschaft ausgegangen.

Das *Vereinigte Königreich* hatte sich bereits seit Mitte des Jahres 2008 in einer Rezession befunden, die sich 2009 nochmals deutlich beschleunigte. Anders als in vielen Ländern des Euro-raums wurde der Wirtschaftseinbruch

Tabelle 2

**Internationale Rahmenbedingungen der Prognose**

	2009	2010	2011	2012
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)			
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>				
Welt ohne Euroraum	-0,4	+4,7	+4,1	+4,6
USA	-2,4	+3,1	+2,2	+2,8
Japan	-5,2	+2,1	+1,7	+2,0
Asien ohne Japan	+5,2	+8,3	+7,0	+7,6
Lateinamerika	-1,9	+4,0	+3,2	+4,0
Vereinigtes Königreich	-4,9	+1,2	+2,4	+2,4
Neue EU-Mitgliedstaaten <sup>1</sup>	-3,0	+1,4	+3,0	+3,9
Schweiz	-1,5	+1,4	+1,9	+2,2
Euroraum <sup>2</sup>	-4,1	+0,7 bis +1,3	+0,2 bis +2,2	x
<b>Welthandel (Importe i. w. S.)</b>				
Welt	-11,1	+9,1	+5,9	+7,0
Welt außerhalb des Euroraums	-11,0	+11,3	+6,9	+7,9
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums (real)	-11,7	+8,6	+6,0	+7,0
Wachstum der österreichischen Exportmärkte (real)	-11,7	+7,4	+4,7	+6,0
<b>Preise</b>				
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	61,9	79,5	83,7	86,3
Drei-Monats-Zinssatz in %	1,2	0,8	1,1	1,7
Langfristiger Zinssatz in %	3,9	3,4	3,8	4,2
USD/EUR-Wechselkurs	1,39	1,29	1,26	1,26
Nominal-effektiver Wechselkurs des Euro (Euroraum-Index)	111,70	104,48	102,66	102,66

Quelle: Eurosystem.

<sup>1</sup> 2004 und 2007 beigetretene EU-Mitgliedstaaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben: Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen.

<sup>2</sup> 2010 bis 2011: Ergebnis der Juni-Projektion 2010 des Eurosystems. Die EZB veröffentlicht die Ergebnisse in Form von Bandbreiten, wobei die Bandbreiten auf dem durchschnittlichen Prognosefehler früherer Projektionen beruhen.

vor allem durch den Rückgang der Inlandsnachfrage getrieben. Begünstigt durch steigende Exporte infolge der Abwertung des Pfund Sterling sowie durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wird für 2010 jedoch die Rückkehr auf einen positiven Wachstumspfad erwartet. Das gesamtstaatliche Defizit ist im Jahr 2009 allerdings auf über 12 % des BIP gestiegen. Daher hat die Regierung ein Konsolidierungsprogramm für 2010 beschlossen, das die Neuverschuldung im laufenden Jahr auf unter 9,5 % reduzieren soll. Auch die Schweiz konnte sich von der internationalen Wirtschaftskrise nicht abkoppeln, die Wirtschaftsleistung ist 2009 mit 1,5 % allerdings vergleichsweise wenig zurückgegangen. Für 2010 und 2011 wird eine Erholung erwartet,

die aber mit einem für die Schweiz überraschend deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote einhergehen wird.

Der Euroraum hatte im zweiten Quartal 2009 die konjunkturelle Talsohle erreicht. Nach einem vergleichsweise kräftigen Wachstum im dritten Quartal 2009 (Quartal auf Quartal), stagnierte der Euroraum aber im vierten Quartal wieder. Im ersten Quartal 2010 wurde eine sehr schwache Dynamik verzeichnet. Die Arbeitslosenquote lag im März 2010 bei 10 %. Das öffentliche Defizit erreichte im Euroraum-Durchschnitt 6,3 % des BIP (2008: 2,0 %) und der öffentliche Schuldenstand (Maastricht-Definition) stieg auf 74,3 % (2008: 62,3 %) des BIP. Im Zuge der Krise wurden die makroökonomischen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-

raums sichtbar, die alle makroökonomischen Kennziffern, wie das BIP-Wachstum, die Arbeitslosenquote, die Produktivität sowie die öffentlichen Haushalte und die Verschuldung, betreffen.

Die Verschuldungskrise Griechenlands hat nicht nur das Problem mangelnder fiskalischer Glaubwürdigkeit vor Augen geführt, sondern auch das Problem anhaltender makroökonomischer Ungleichgewichte in einer Währungsunion augenscheinlich gemacht. Infolge des (Re-)Finanzierungsproblems Griechenlands<sup>2</sup> auf den Kapitalmärkten musste am 9. Mai 2010 ein europäischer finanzieller Rettungsmechanismus, der sogenannte „Europäische Stabilisierungsmechanismus“ (basierend auf Art. 122.2 des Vertrags von Lissabon) beschlossen werden.<sup>3</sup> Neben einer Ausweitung der Zahlungsbilanzfazilität<sup>4</sup> auf Euroraum-Mitglieder bis maximal 60 Mrd EUR, die allen Euroraum-Ländern offen steht (Kreditaufnahme durch die Europäische Kommission auf dem Kapitalmarkt), wurde die Schaffung eines „Special Purpose Vehicles“ für Wertpapierausgaben (garantiert durch die Mitgliedstaaten) von bis zu 440 Mrd EUR auf drei Jahre beschlossen. Insgesamt umfasst das Programm für den Euroraum eine Summe von 750 Mrd EUR (davon 250 Mrd EUR durch den IWF).

*Deutschland* wurde durch seine starke Exportorientierung und deren vergleichsweise starke Spezialisierung auf Investitionsgüter stärker als andere EU-Mitgliedstaaten von der Krise getroffen. Dem

Einbruch der Exportnachfrage folgte ein starker Rückgang der Investitionsnachfrage. Trotzdem weist der deutsche Arbeitsmarkt eine vergleichsweise gute Performance auf. Auch hier wurden – ähnlich wie in Österreich – die Produktionsausfälle durch eine Reduktion der Arbeitszeit abgedeckt, die wirtschaftspolitisch subventioniert wurde. Obwohl die deutsche Wirtschaft im ersten Quartal 2010 beinahe stagnierte (+0,2 %; Quartal auf Quartal), wird ein vergleichsweise starkes Wachstum im zweiten Quartal erwartet. Das Wachstum wird sowohl von den Exporten als auch von der Inlandsnachfrage getragen.

Die Wirtschaft in *Frankreich* ist aufgrund der traditionell hohen Bedeutung der Inlandsnachfrage bzw. der geringeren Bedeutung der exportorientierten Investitionsgüterindustrie vergleichsweise schwächer eingebrochen als im Euroraum-Durchschnitt. Die öffentlichen Finanzen Frankreichs weisen infolge des Wirkens der automatischen Stabilisatoren sowie eines im Jahr 2009 beschlossenen Ausgabenprogramms, das 2010 in Kraft getreten ist, eine starke Verschlechterung auf. Die notwendige Budgetkonsolidierung lässt für die kommenden Jahre eine nur langsame Erholung der französischen Wirtschaft erwarten.

*Italiens* Wirtschaft befand sich vom vierten Quartal 2007 bis zum vierten Quartal 2009 in der Rezession. Die Wirtschaftskrise verschärfte den bereits in den Jahren zuvor sichtbar gewordenen

<sup>2</sup> Am 2. Mai 2010 war Griechenland von den Euroraum-Mitgliedstaaten und dem IWF ein Drei-Jahres-Stabilisierungsprogramm im Ausmaß von 110 Mrd EUR an Krediten zugesagt worden.

<sup>3</sup> Zusätzlich bestehen bereits Programme zur Vergabe von EU-Fazilitäten für EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums sowie Sondermaßnahmen wie EZB-Liquiditätshilfen. Außerdem bestehen mit der Makrofinanzhilfe auch Fazilitäten für Nicht-EU-Mitgliedstaaten (Georgien, Ukraine etc.), die in der Regel konditional gemeinsam mit IWF-Paketen vergeben werden.

<sup>4</sup> Eine Fazilität umfasst die Möglichkeit, innerhalb eindeutig festgelegter Grenzen kurzfristig Kredite in Anspruch zu nehmen oder Guthaben anzulegen.

Wettbewerbsverlust des Exportsektors. Der Privatkonsum ist vergleichsweise gering zurückgegangen und sollte auch 2010 wachstumsstützend bleiben. Das Budgetdefizit ist 2009 auf 5,3% des BIP gestiegen; die italienische Regierung hat daher in ihrem rezenten Stabilitätsprogramm angekündigt, bis 2012 Einsparungen von insgesamt 24 Mrd EUR vorzunehmen.

Die für Österreich wichtigen Länder in *Zentral-, Ost- und Südosteuropa* waren von der Krise in mehrfacher Hinsicht betroffen. Erstens durch einen starken Einbruch der Exportnachfrage; zweitens durch stark verringerte Direktinvestitionen; drittens durch temporäre Kapitalabflüsse, den dadurch hervorgerufenen starken Wertverlust einiger Währungen und dessen negative Auswirkungen auf die private Haushalts- und Unternehmensverschuldung durch deren hohen Anteil an Fremdwährungskrediten sowie viertens durch das Problem einiger Staaten, sich auf den internationalen Kapitalmärkten refinanzieren zu können. Dies hat in manchen Ländern zur Notwendigkeit von internationalen Hilfsaktionen durch den IWF und die EU geführt. Die genannte Region weist eine sehr heterogene Wirtschaftsperspektive auf. So mussten die baltischen Staaten, Ungarn und Rumänien und vor allem die Ukraine sehr starke Einbrüche hinnehmen; Polen war hingegen das einzige Land in der EU, das 2009 ein positives Wachstum erzielen konnte. Für die 2004 und 2007 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten wird im Durchschnitt eine relativ schnelle Erholung erwartet.

#### 4 Österreich: Exportkonjunktur trägt den Aufschwung

Die Wirtschaftskrise hat auf den österreichischen *Exportsektor* bereits im zweiten Quartal 2008 durchgeschlagen; im Quartalsabstand schrumpften die Exporte erstmals. Einen extrem starken Einbruch der Exportnachfrage erlebten die heimischen Exporteure, insbesondere jene in der Sachgüterindustrie im vierten Quartal 2008 und vor allem im ersten Quartal 2009. Im Gesamtjahr 2009 schrumpften die Exporte um 15,0%. Infolge der Erholung der Weltwirtschaft konnte die österreichische Exportwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2009 im Quartalsvergleich wieder positive Wachstumsraten erzielen. Im ersten Quartal 2010 schrumpften laut VGR-Schnellschätzung die Exporte Österreichs allerdings wiederum leicht. Die aktuellen Vorlaufindikatoren (u. a. auch der OeNB-Exportindikator<sup>5</sup>) lassen allerdings entweder eine leichte Aufwärtsrevision der Exporte im ersten Quartal oder eine vergleichsweise starke Exportdynamik im zweiten Quartal 2010 erwarten.

Hinter dem dramatischen Einbruch der Exporte verbergen sich einerseits die Folgen der globalen Krise auf die Entwicklung der Nachfrage auf den österreichischen Exportmärkten. Diese hatte sich bereits 2008 schwächer entwickelt als im Jahr zuvor, im Jahr 2009 brach sie um 11,7% ein. Verschärft wurde die Lage der heimischen Exporteure durch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, verursacht einerseits durch die Aufwertung des Euro, andererseits durch

<sup>5</sup> Die aktuellen Ergebnisse des OeNB-Exportindikators vom Mai 2010 lassen für März und April 2010 einen Anstieg der nominellen Güterexporte um 6,5% bzw. 3,2% (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Drei-Monats-Abstand) erwarten. Bei der Berechnung des Exportindikators werden Daten der ASFINAG Maut Service GmbH über die fahrleistungsabhängige Lkw-Maut zur Schätzung der Güterexporte herangezogen. Die Ergebnisse des Exportindikators und eine Beschreibung der zugrundeliegenden Methodologie sind auf der OeNB-Homepage abrufbar ([www.oenb.at/de/geldp\\_volksw/prognosen/exportindikator/oenb-exportindikator.jsp](http://www.oenb.at/de/geldp_volksw/prognosen/exportindikator/oenb-exportindikator.jsp)).



Tabelle 3

**Wachstum und Preise in der österreichischen Außenwirtschaft**

	2009	2010	2011	2012
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>			
<b>Exporte</b>				
Preise der Wettbewerber auf Österreichs Exportmärkten	-3,6	+3,9	+2,0	+1,4
Exportdeflator	-1,6	+1,4	+1,9	+1,9
Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit	-2,0	+2,5	+0,2	-0,5
Nachfrage auf Österreichs Exportmärkten (real)	-11,7	+7,4	+4,7	+6,0
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	-15,0	+4,6	+5,4	+6,1
Marktanteile	-3,3	-2,8	+0,7	+0,1
<b>Importe</b>				
Preise der internationalen Wettbewerber auf dem heimischen Markt	-3,4	+3,1	+1,8	+1,3
Importdeflator	-1,9	+1,0	+1,7	+1,9
Österreichische Importe i. w. S. (real)	-13,1	+1,3	+4,3	+5,2
<b>Terms of Trade</b>	+0,2	+0,4	+0,2	+0,0
	<i>in Prozentpunkten des realen BIP</i>			
<b>Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum</b>	-2,0	+1,8	+0,9	+0,9

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010, Eurosystem.

die 2009 stark gestiegenen Lohnstückkosten. Die Einbuße an preislicher Wettbewerbsfähigkeit schlägt sich in Marktanteilsverlusten der heimischen Exportwirtschaft nieder. Für 2010 wird infolge der globalen Erholung mit einem kräftigen Wachstum der Nachfrage auf den österreichischen Exportmärkten gerechnet. Des Weiteren wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Dazu tragen auch stagnierende Lohnstückkosten (-0,1 %) bei. Beides wird zu einem Wiedererstarken der österreichischen Exporte beitragen.

Für das Gesamtjahr 2010 wird ein positives – wenn auch im Vergleich zu früheren Aufschwüngen noch relativ schwaches – Wachstum der Exporte von 4,6 % prognostiziert. 2011 und 2012 wird sich die Exportdynamik beschleunigen und in Wachstumsraten von 5,4 % bzw. 6,1 % niederschlagen. Der Aufschwung wird demnach in Österreich wesentlich von den außenwirtschaftlichen Impulsen getragen.

Der österreichische *Leistungsbilanzüberschuss* hatte sich in den letzten Jahren bis 2007 kontinuierlich verbessert. Er verringerte sich bereits 2008 und ging

Tabelle 4

**Österreichische Leistungsbilanz**

	2009	2010	2011	2012
	<i>in % des nominellen BIP</i>			
<b>Handelsbilanz</b>	3,4	4,1	4,2	4,4
Güterbilanz	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3
Dienstleistungsbilanz	4,2	4,5	4,6	4,8
Euroraum	0,0	0,1	0,3	0,5
Länder außerhalb des Euroraums	3,4	4,0	3,9	3,9
<b>Einkommensbilanz</b>	-0,5	-0,4	-0,4	-0,5
<b>Transferbilanz</b>	-0,6	-0,6	-0,5	-0,6
<b>Leistungsbilanz</b>	2,3	3,1	3,3	3,4

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

2009 auf 2,3% des BIP zurück. Während die Güterexporte deutlich gesunken sind, wurde der Einbruch der Güterimporte durch den immer noch stabilen Konsum gedämpft. Der Außenhandel mit Dienstleistungen war von der Krise weitaus schwächer betroffen als der Güterhandel, wobei insbesondere die konjunkturstabilisierende Wirkung des Tourismus hervorzuheben ist. Die Anzahl an Übernachtungen ist im Jahr 2009 mit 1,9% im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstumseinbruch deutlich weniger zurückgegangen; der Rückgang der Ausländernachtungen (3,2%) konnte durch einen Anstieg der Inländernachtungen (1,7%) zum Teil kompensiert werden. Zusätzlich war das Vergleichsjahr 2008 eines der erfolgreichsten in der Geschichte des österreichischen Tourismus gewesen. In der aktuellen Wintersaison 2009/10 (November bis April) gingen die Übernachtungszahlen im Vergleich zur Vorsaison abermals nur leicht zurück (0,4%).<sup>6</sup>

Bis zum Ende des Prognosehorizonts wird sich die Güterbilanz graduell verbessern und wieder annähernd ausgeglichen werden. Dabei spiegelt die Verbesserung der Güterbilanz mit dem Euroraum die erwartete beschleunigte wirtschaftliche Erholung der wichtigsten österreichischen Handelspartner im Euroraum wider. Insgesamt führt der wirtschaftliche Aufschwung zu einer weiteren moderaten Erhöhung des Leistungsbilanzüberschusses (2010: 3,1%; 2011: 3,3%; 2012: 3,4%).

## 5 Inlandsnachfrage erholt sich langsam

### 5.1 Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hält 2010 an

Die Produktion im sekundären Sektor (NACE C–F) ist im Jahr 2009 um

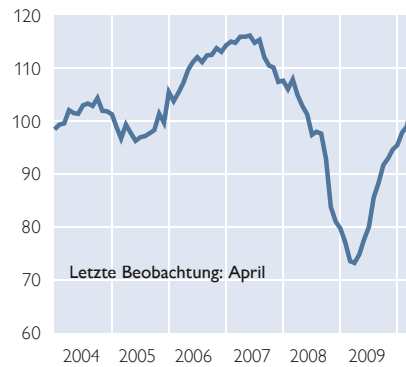
insgesamt 14,0% geschrumpft (real, saisonbereinigt). Somit war die *Sachgütererzeugung*, und hier im Speziellen die Industrie, der mit Abstand am stärksten von der Krise betroffene Sektor. Hervorgerufen durch den Einbruch der Exportnachfrage, wurde die Krise des sekundären Sektors durch erschwerte Finanzierungsbedingungen und eine generelle Unsicherheit bezüglich Zukunftsplanungen noch verschärft. Erst im zweiten Halbjahr 2009 erholte sich die Produktion wieder leicht. All die genannten Faktoren führten im Gesamtjahr 2009 zu einem starken Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen (–8,5%) und der Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (–7,5%).

Die Leitzinssatzsenkungen der EZB, die seit Herbst 2008 erfolgten, brachten auf der Finanzierungsseite sukzessive Erleichterungen. Sie wurden von den Banken mit leichter Verzögerung nahezu vollständig an die Unternehmen weitergegeben. Darüber hinaus haben sich die Auftragseingänge – ebenso wie die gängigen Vorlaufindikatoren (Grafik 2) – zuletzt wieder verbessert. Die Kapazitätsauslastung ist im Lauf der Krise deutlich gesunken, hat sich mit Beginn des Jahres 2010 wieder erhöht und liegt derzeit nur mehr knapp unter dem langfristigen Durchschnitt. Trotzdem begrenzen die vorhandenen Überkapazitäten immer noch die Investitionstätigkeit. Die *Bruttoanlageinvestitionen* werden daher auch im ersten Halbjahr 2010 noch schrumpfen. Erst ab der zweiten Jahreshälfte wird eine Trendumkehr erwartet, für das Gesamtjahr 2010 ist aber immer noch mit einer negativen Wachstumsrate von 4,5% zu rechnen. 2011 (1,5%) und 2012 (2,9%) wird ein zwar positives, historisch gesehen allerdings unterdurchschnittli-

<sup>6</sup> Nichtsdestotrotz konnte sogar das bisher drittbeste Ergebnis seit Bestehen der statistischen Aufzeichnungen erzielt werden.

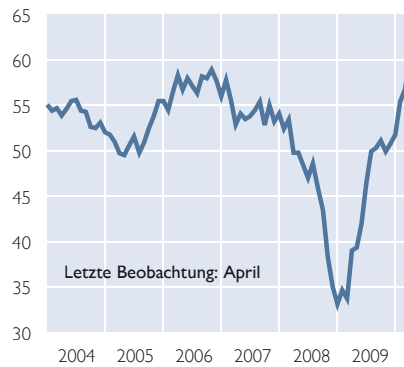
## Vorlaufindikatoren signalisieren weiteren Aufschwung

Economic Sentiment Indicator



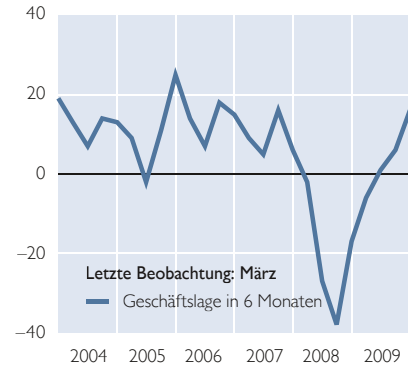
Quelle: Europäische Kommission.

BA EinkaufsmanagerIndex



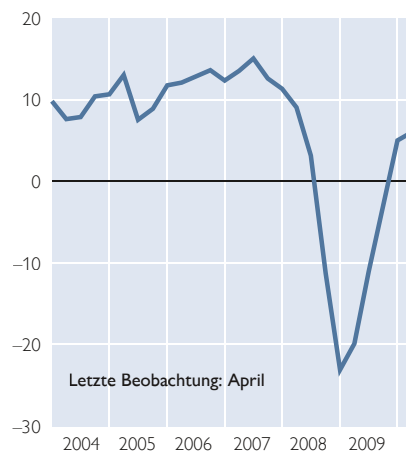
Quelle: Bank Austria.

IV-Konjunkturbarometer



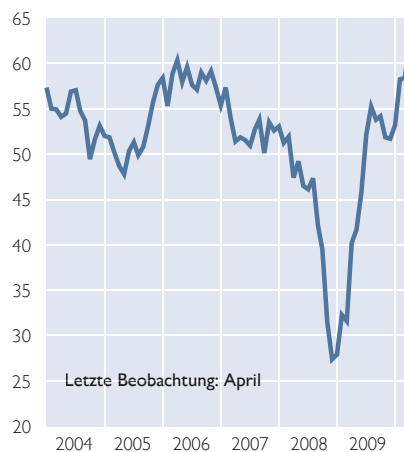
Quelle: Industriellenvereinigung.

ESI: Exporterwartungen



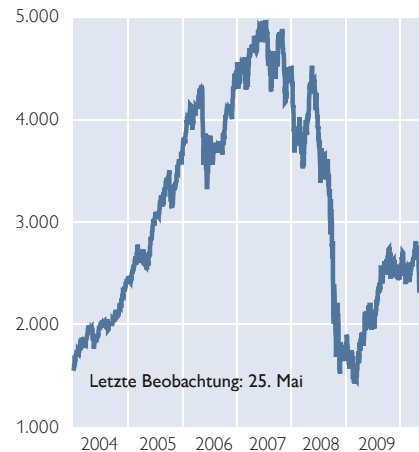
Quelle: Europäische Kommission.

BA EMI: Auftragseingang



Quelle: Bank Austria.

ATX



Quelle: Wiener Börse AG.

ches Wachstum der Investitionen prognostiziert. Die *Investitionsquote* wird über den gesamten Prognosehorizont bei rund 19½% liegen (2008: 21,7%).

In naher Zukunft sind vor allem Ersatzinvestitionen, nicht aber der Aufbau neuer Produktionskapazitäten zu erwarten. Nach einem weiteren Rückgang im Jahr 2010 (6,1%) werden die *Ausrüstungsinvestitionen* daher auch in den Jahren 2011 (2,0%) und 2012 (3,2%) nur schwach wachsen. Der Einbruch bei den *Bauinvestitionen* war bislang vergleichsweise geringer. Sinkende Wohnbaubewilligungen lassen aber auch für diesen Bereich eine nur sehr moderate Erholung in den Jahren

2011 (0,1%) und 2012 (1,8%) erwarten, nachdem sie im laufenden Jahr noch um 3,9% schrumpfen werden. Der *Tiefbau* profitiert zwar von den konjunkturstützenden Maßnahmen der öffentlichen Hand, wird aber 2010 immer noch den zweitstärksten Einbruch aller Investitionskategorien erfahren und sich 2011 und 2012 ebenfalls nur langsam erholen. Die Entwicklung der *öffentlichen Investitionen* wird zwar 2010 noch wachstumsfördernd sein (0,5%), 2011 und 2012 mit jeweils -1,5% infolge des unterstellten restriktiven Ausgabenpfads des Staats aber negativ ausfallen.

Tabelle 5

**Investitionen in Österreich**

	2009	2010	2011	2012
Veränderung zum Vorjahr in %				
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	-7,5	-4,5	+1,5	+2,9
davon: Ausrüstungsinvestitionen (real)	-8,5	-6,1	+2,0	+3,2
Wohnbauinvestitionen (real)	-6,2	-3,9	+0,1	+1,8
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	-1,8	-3,4	+1,7	+3,1
Öffentliche Investitionen (real)	-1,5	+0,5	-1,5	-1,5
Private Investitionen (real)	-7,8	-4,8	+1,7	+3,2
Beiträge zum Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen in Prozentpunkten				
Ausrüstungsinvestitionen (real)	-3,3	-2,3	+0,7	+1,2
Wohnbauinvestitionen (real)	-1,3	-0,8	+0,0	+0,4
Nichtwohnbauinvestitionen und andere Investitionen	-0,7	-1,5	+0,7	+1,4
Öffentliche Investitionen (real)	-0,1	+0,0	-0,1	-0,1
Private Investitionen (real)	-7,4	-4,6	+1,6	+3,0
Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten				
Lagerveränderungen (real)	-0,6	+0,0	-0,1	+0,1

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

## 5.2 Konsum als konjunktur- stabilisierender Faktor

Der *private Konsum* stellt im bisherigen Verlauf der Krise den wesentlichen konjunkturstabilisierenden Faktor dar. Dieser ist im Jahr 2009 noch gewachsen (0,8%), wobei die im Jahr 2008 vereinbarten Lohnabschlüsse, die in Kraft tretenden Maßnahmen der Regierung zur Erhöhung des verfügbaren Haushaltseinkommens, die niedrige Inflation und die immer noch geringe Arbeitslosenquote unterstützend wirkten.

Im Jahr 2010 dämpft hingegen der Anstieg der Inflation auf 1,7% die real verfügbaren Einkommen. Auch von der Einkommensteuerreform gehen nur noch marginale Effekte aus. Die Arbeitnehmerentgelte pro Beschäftigten werden aufgrund der deutlich niedrigeren Tariflohnabschlüsse weitaus geringer steigen (1,3%) als 2009 (2,4%). Durch

die langsam anziehende Konjunktur werden jedoch die Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen wieder wachsen (1,6%) und zusammen mit den öffentlichen Nettotransferleistungen die Haushaltseinkommen stabilisieren. Zusätzlich wird die Beschäftigung zumindest leicht zunehmen (0,2%).

Da die VGR-Ergebnisse für das erste Quartal 2010, die aktuellen Daten von Statistik Austria für den Einzelhandel ohne Kfz<sup>7</sup> (real +3,0%) und die Vorlaufindikatoren weiterhin robusten Konsum signalisieren, wird auch für 2010 ein relativ deutliches Konsumwachstum von 1,1% erwartet. Im Jahr 2011 und 2012 werden die Arbeitnehmerentgelte – getragen von vergleichsweise höheren Lohnabschlüssen (1,9% bzw. 2,0%) – und auch die Gesamtbeschäftigung (jeweils 0,6%) wieder leicht zunehmen. Die Selbständigen-

<sup>7</sup> Die Anzahl der Pkw-Neuzulassungen betrug im ersten Quartal +18,3%, ist im April aber um 11,4% zurückgegangen (jeweils im Vorjahresvergleich). Diese unüblichen Schwankungen sind auf die im April 2009 eingeführte Ökoprämie zurückzuführen, die zur Kaufzurückhaltung vor Einführung der Prämie geführt hatte. Im April 2009 ist hingegen die Anzahl der Pkw-Neuzulassungen um 12,8% gestiegen.

einkommen und Betriebsüberschüsse sowie die Vermögenseinkommen werden hingegen vergleichsweise kräftig wachsen. Die öffentlichen Nettotransferleistungen werden konsolidierungsbedingt die Entwicklung der Haushaltseinkommen dämpfen. Das real verfügbare Haushaltseinkommen wird aber trotz der restriktiven Ausrichtung der öffentlichen Hand wachsen (2011: 0,8%; 2012: 1,5%). Die Sparquote wird im Jahr 2010 (10,1%) – ebenso wie bereits

2009 (11,0%)<sup>8</sup> – sinken und dann auf annähernd gleichem Niveau verweilen.

### 5.3 Arbeitsmarktperspektiven bleiben getrübt

Im Zuge der Krise ist die *Arbeitslosenquote* (Eurostat-Definition) von 3,8% (2008) auf 4,8% (2009) gestiegen. Trotzdem gehört Österreich im Euroraum zu den Ländern mit der geringsten Zunahme der Arbeitslosigkeit im bisherigen Verlauf der Krise. Im ersten

Tabelle 6

#### Determinanten des nominellen Haushaltseinkommens in Österreich

	2009	2010	2011	2012
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Unselbstständig Beschäftigte	-0,8	+0,2	+0,6	+0,7
Löhne je Beschäftigten	+2,4	+1,3	+1,9	+2,1
Arbeitnehmerentgelt	+1,5	+1,4	+2,5	+2,8
Vermögenseinkommen	-30,0	-11,3	+5,4	+8,0
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	-1,7	+1,6	+2,9	+4,6
<i>Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens in Prozentpunkten</i>				
Arbeitnehmerentgelt	+1,3	+1,2	+2,1	+2,3
Vermögenseinkommen	-4,2	-1,1	+0,5	+0,7
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse (netto)	-0,3	+0,3	+0,6	+0,9
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern <sup>1</sup>	+3,4	+1,4	-0,5	-0,6
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	+0,1	+1,8	+2,6	+3,3

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

<sup>1</sup> Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

Tabelle 7

#### Privater Konsum in Österreich

	2009	2010	2011	2012
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>				
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	+0,1	+1,8	+2,6	+3,3
Konsumdeflator	+1,2	+1,7	+1,8	+1,8
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	-1,1	+0,1	+0,8	+1,5
Privater Konsum (real)	+0,8	+1,1	+0,9	+1,0
<i>in % des verfügbaren nominellen Haushaltseinkommens</i>				
Sparquote	11,0	10,1	10,0	10,2

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

<sup>8</sup> Im Jahr 2008 erreichte die Sparquote mit 12% den höchsten Wert seit 1996. Im Prognosezeitraum wird sie trotz Rückgangs immer noch über dem Wert vor Ausbruch der Krise zur Jahrtausendwende liegen (1999: 9,7%).

Quartal 2010 wies Österreich die zweitniedrigste Quote im Euroraum auf. Zudem ist die Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich im März 2010 (249.679 arbeitslose Personen) erstmals wieder zurückgegangen und die Anzahl an offenen Stellen wieder leicht gestiegen. Im ersten Quartal 2010 ist auch die Beschäftigung in Stunden insgesamt wieder leicht gewachsen.

Angesichts der Schwere des Wirtschaftseinbruchs überrascht sowohl der im internationalen als auch im historischen Vergleich geringe Anstieg der Arbeitslosenquote sowie die rasche Rückkehr zu positivem Beschäftigungswachstum. Im Vergleich zur Krise 2001 erfolgte zwar ein stärkerer und schnellerer Anstieg der Anzahl an Arbeitslosen, bisher allerdings auch ein schnellerer Rückgang (Grafik 3, linke Abbildung).<sup>9</sup> Ähnliches gilt für die Entwicklung der freien Stellen. Allerdings ist einerseits die Anzahl der in Schulung befindlichen Personen auf Rekordniveau gestiegen, andererseits wurde verstärkt auf subventionierte Kurzarbeit zurückgegriffen. Beide Entwicklungen

sind in Grafik 3 (rechte Abbildung) zu sehen. Während die Anzahl der Personen in Schulung zu Beginn der Krise schnell gestiegen ist und sich danach noch leicht erhöht hat, hat die Anzahl der zur Kurzarbeit angemeldeten Personen („geförderte Kurzarbeit“) zu Beginn des Jahres 2009 deutlich zugenommen, seit Sommer 2009 folgt sie aber einem deutlich sinkenden Trend.

Die Anmeldung zur Kurzarbeit bedeutet nicht gleichzeitig auch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit. In vielen Fällen hatte die Anmeldung Vorsichtscharakter. Die durchschnittliche „Ausnutzungsquote“ lag im Jahr 2009 bei rund 60% (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – BMASK). Die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung bei Inanspruchnahme liegt bei rund 26% (BMASK). Der stabilisierende Effekt der Kurzarbeitszeitregelungen auf die Arbeitsmarktentwicklung kann somit nur zu einem Teil den vergleichsweise moderaten Anstieg der Arbeitslosigkeit erklären.<sup>10</sup> Die Unternehmen versuchten offenkundig ihren Beschäftigtenstand

Tabelle 8

### Arbeitsmarktentwicklung in Österreich

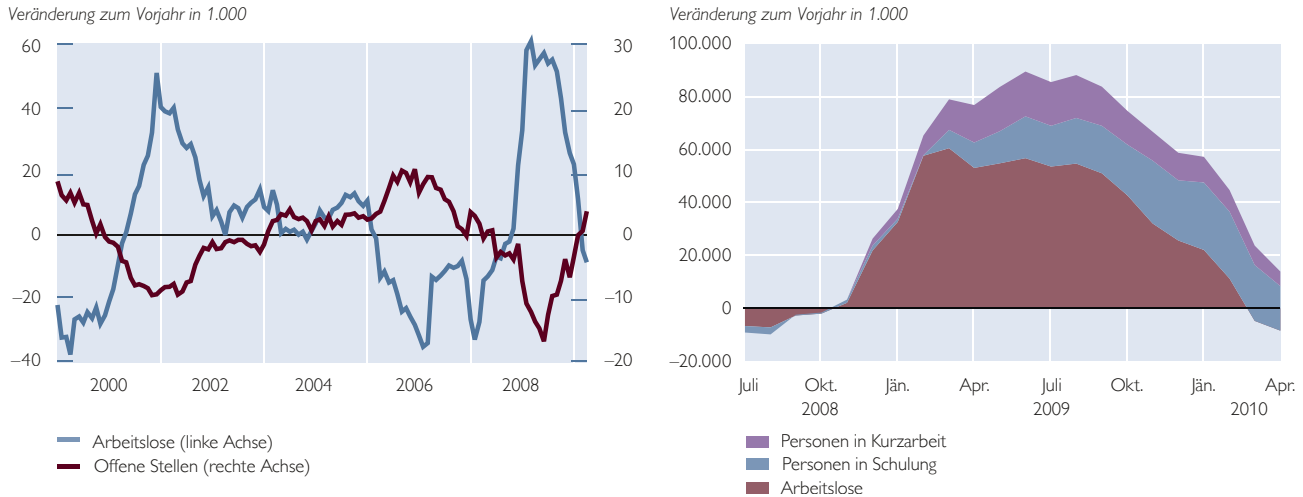
	2009	2010	2011	2012
	Veränderung zum Vorjahr in %			
<b>Gesamtbeschäftigung</b>	-1,1	+0,2	+0,6	+0,6
davon: Unselbstständig Beschäftigte	-0,8	+0,2	+0,6	+0,7
Selbstständig Beschäftigte	-1,2	+0,1	+0,2	+0,4
Öffentlich Beschäftigte	+0,2	+0,0	-0,1	-0,1
Vorgemerkte Arbeitslose	+20,8	+3,6	+3,1	+1,4
Arbeitskräfteangebot	+0,1	+0,4	+0,7	+0,7
	in % des Arbeitskräfteangebots			
<b>Arbeitslosenquote laut Eurostat</b>	4,8	5,0	5,1	5,1

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

<sup>9</sup> In der Krise 2001 betrug das niedrigste BIP-Wachstum +0,8%, in der aktuellen Krise -3,4%.

<sup>10</sup> Die Daten aus der VGR deuten für 2009 allerdings auf einen nur relativ schwachen Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden hin (-1,2%). Neue Daten aus dem Mikrozensus weisen für 2009 allerdings einen Rückgang von 4,1% aus. Dies lässt eine zukünftige Revision der VGR-Daten erwarten. Der vergleichsweise geringe Anstieg der Arbeitslosigkeit ist demnach auf einen überproportionalen Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden zurückzuführen.

### Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt



nach Möglichkeit zu halten und reduzierten vor allem die Arbeitszeit durch den Abbau von Überstunden und Urlaubsansprüchen sowie durch die Nutzung von Durchrechnungszeiträumen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie die schrittweise Ausweitung der Kurzarbeit, unterstützten die Unternehmen dabei.

Das Wachstum des *Arbeitsangebots* ist 2009 deutlich gesunken und hat sich somit – wie auch in der Vergangenheit – prozyklisch entwickelt. Mit dem Wirtschaftsaufschwung wird das Arbeitsangebot im Prognosehorizont wieder leicht steigen. Zusätzlich wird der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften ab Mitte 2011 mit der Öffnung für alle Arbeitskräfte aus den 2004 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten wieder etwas anziehen. 2010 und 2011 wird die demografische Entwicklung das Arbeitskräfteangebot aber ebenso wie die „Hacklerregelung“, die bis 2013 Geltung hat, leicht dämpfen. In Summe wird

das Arbeitsangebot im Prognosezeitraum – wenn auch nicht zu Vorkrisenraten – wieder steigen.

Das Wirtschaftswachstum wird über den gesamten Prognosehorizont zu gering sein, um nachfrageseitig die *Arbeitslosenquote* zu reduzieren. Das schwache Beschäftigungswachstum und die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots verdeutlichen, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt über den gesamten Prognosehorizont angespannt bleiben wird. Für 2010 wird ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 5,0% und für 2011 auf 5,1% prognostiziert. 2012 wird sie gegenüber dem Jahr 2011 unverändert bleiben. Die Anzahl der Arbeitslosen laut VGR wird 2010 durchschnittlich bei rund 286.000 und 2011 bzw. 2012 bei jeweils knapp unter 300.000 liegen. Die Lohnquote wird nach einem außergewöhnlichen Anstieg 2009 im Prognosehorizont wieder auf Vorkrisenniveau sinken.

### Wachstumsszenario bei Einhaltung des österreichischen Stabilitätsprogramms

Im Basisszenario der vorliegenden Prognose werden gemäß den Konventionen der Prognosen des Eurosystems nur fiskalpolitische Maßnahmen berücksichtigt, die bereits beschlossen wurden oder hinreichend detailliert sind und knapp vor ihrer gesicherten Beschlussfassung durch das Parlament stehen (auch die Budgetprognose der Europäischen Kommission basiert auf einer ähnlichen No-Policy-Change-Annahme). In Österreich ist der überwiegende Teil der zur Einhaltung des Stabilitätsprogramms nötigen Konsolidierungsmaßnahmen noch nicht fixiert. In diesem Kasten werden die Wachstumswirkungen für den Fall untersucht, dass Österreich den im Stabilitätsprogramm versprochenen Konsolidierungspfad einhalten wird.

Durch das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren im Wirtschaftseinbruch und durch die Implementierung von umfangreichen diskretionären fiskalischen Stimulierungsmaßnahmen haben sich die öffentlichen Finanzen seit 2008 auch in Österreich massiv verschlechtert. Dies erfordert umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen; Letztere sind auch angesichts der bevorstehenden zusätzlichen Belastungen für die öffentlichen Finanzen durch die demografischen Veränderungen unerlässlich.

Es ist davon auszugehen, dass zumindest ein großer Teil des 2009 „verlorenen“ Outputs nicht mehr aufgeholt werden wird (Gaggl und Janger, 2009). Mit diesem permanent niedrigeren Output gehen auch dauerhaft niedrigere Steuereinnahmen einher (Grossmann et al., 2009), die mit Ausgabenkürzungen und/oder Steuererhöhungen ausgeglichen werden müssen. Zudem waren die 2008 und 2009 beschlossenen konjunkturstützenden fiskalischen Maßnahmen mehrheitlich dauerhafter Natur und müssen somit noch nachträglich finanziert werden; auch daraus resultiert Konsolidierungsbedarf.

Im jüngsten Stabilitätsprogramm kündigte die Bundesregierung – entsprechend den Vorgaben im Rahmen des Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits – eine Rückführung der gesamtstaatlichen Defizitquote auf unter 3 % des BIP bis 2013 an (Budgetsaldo 2010: –4,7%; 2011: –4,0%; 2012: –3,3 %). Allerdings wurde die Umsetzung des angekündigten Budgetpfads nicht durch entsprechende konkrete Konsolidierungsmaßnahmen unterlegt.

Aufgrund der No-Policy-Change-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose weder weiterführende Ausgabenkürzungen noch Steuererhöhungen oder die Einführung neuer Steuern berücksichtigt. Auf Basis des neuen Finanzrahmens 2011 bis 2014 wurden als Konsolidierungsmaßnahmen in der vorliegenden Budgetprognose nur ein äußerst niedriges Wachstum der Entlohnung der öffentlich Beschäftigten und der Vorleistungen sowie ein leichter Rückgang der Anzahl der Bundesbediensteten inkludiert, da dafür keine weiteren Gesetzesbeschlüsse notwendig sind (im Gegensatz zu eventuellen Kürzungen bei monetären Sozialtransfers wie der Familienbeihilfe).<sup>1</sup>

Die OeNB-Prognose für den gesamtstaatlichen Budgetsaldo der Jahre 2011 und 2012 fällt somit pessimistischer aus als die budgetären Zielwerte des Stabilitätsprogramms. Um die Effekte der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zur Erzielung der im Stabilitätsprogramm anvisierten Zielwerte auf das Wachstum zu quantifizieren, berechnet die OeNB ein Szenario,<sup>2</sup> das auf der Annahme basiert, dass über die bereits in der Basislösung der Prognose (Zeile C in nachstehender Tabelle) berücksichtigten Maßnahmen (Zeile B) weitere Konsolidierungsschritte (Zeile D) gesetzt werden, die die Erreichung der Defizitwerte des Stabilitätsprogramms sichern (Zeile E). Für dieses Szenario wurde (zu rein illustrativen Zwecken) angenommen, dass sich die weitere Konsolidierung wie folgt zusammensetzt: 50 % Erhöhung von indirekten Steuern, 20 % Erhöhung von direkten Steuern (der privaten Haushalte), 20 %

<sup>1</sup> Andere Teile der Ausgabenreduktionen des Bundes sind zwar in der OeNB-Prognose inkludiert, werden aber nicht als Teil der Konsolidierung gesehen, weil sie sich primär durch ein günstigeres makroökonomisches Umfeld ergeben. Dies gilt insbesondere für die geringeren Zinszahlungen.

<sup>2</sup> Die Tabelle zeigt die Ex-Post-Effekte von Maßnahmen auf den öffentlichen Finanzierungssaldo. Die negativen Wachstumseffekte von Konsolidierungsmaßnahmen verringern über die Wirkung der automatischen Stabilisatoren die Steuereinnahmen und daher auch den Effekt auf den Budgetsaldo. Bei Reduktionen von öffentlichen Löhnen (oder auch Pensionen) muss außerdem berücksichtigt werden, dass für diese Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer geleistet werden müssen und somit auch ohne eventuelle realwirtschaftliche Effekte die Verbesserung des Saldos kleiner als die Ausgabenreduktion wäre.



*Kürzung von monetären Transfers, 10% Reduktion des realen öffentlichen Konsums. Zeile D verdeutlicht, dass die zur Erreichung der Stabilitätsprogrammzielwerte notwendigen zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen das Wirtschaftswachstum 2011 um 0,2 und 2012 um 0,4 Prozentpunkte dämpfen würden.*

### Geschätzte Effekte der Konsolidierung

		Maastricht-Saldo			BIP-Wachstum		
		2010	2011	2012	2010	2011	2012
		in % des nominellen BIP			Veränderung zum Vorjahr in % (Prozentpunkte)		
A	Ergebnis ohne Konsolidierung	x	-4,4	-4,2	x	+2,0	+2,3
B	Effekte von Konsolidierung in Basislösung der Prognose	x	+0,2	+0,3	x	-0,2	-0,2
<b>C = A + B</b>	<b>Basislösung der OeNB-Prognose</b>	<b>-4,5</b>	<b>-4,2</b>	<b>-3,9</b>	<b>+1,6</b>	<b>+1,8</b>	<b>+2,1</b>
D	Effekte stabilitätsprogrammkonformer weitergehender Konsolidierung	x	+0,2	+0,6	x	-0,2	-0,4
<b>E = A + B + D</b>	<b>Szenario mit stabilitätsprogramm-konformem Defizitpfad</b>	x	<b>-4,0</b>	<b>-3,3</b>	x	<b>+1,7</b>	<b>+1,7</b>

Quelle: OeNB.

*Weitere geringfügige negative Effekte auf das Wirtschaftswachstum können sich durch die parallele Konsolidierung der anderen EU-Staaten ergeben.*

*Die negativen Wachstumswirkungen einer Einhaltung der Stabilitätsprogramme im Vergleich zum Basisszenario könnten insoweit überzeichnet sein, als vor dem Hintergrund der hohen Marktnervosität über die Nachhaltigkeit öffentlicher Verschuldung im Euroraum die Nichteinhaltung der Stabilitätsprogramme mit einem neuerlichen Anstieg bei Risikoprämien auf europäische Staatsanleihen einhergehen könnte, sodass die dargestellten höheren Wachstumsraten im Basisszenario unrealistisch wären.*

## 6 Inflation steigt, bleibt aber im Rahmen der Definition für Preisstabilität

Die HVPI-Inflationsrate erreichte im März und April 2010 infolge der beträchtlichen Preissteigerungen im Energiebereich mit 1,8% wieder deutlich höhere Werte als in den Vormonaten. Im weiteren Verlauf des Jahres 2010 wird ein nahezu unveränderter Verlauf des HVPI erwartet. Für das Gesamtjahr 2010 ergibt sich daher – nach einer äußerst niedrigen Inflationsrate von 0,4% im Jahr 2009 – eine Jahresinflation von 1,7%. Nach unveränderter Inflation im Jahr 2011 wird für 2012 aufgrund leicht erhöhter Preise für langlebige Konsumgüter ein geringfügiger Anstieg auf 1,8% prognostiziert.

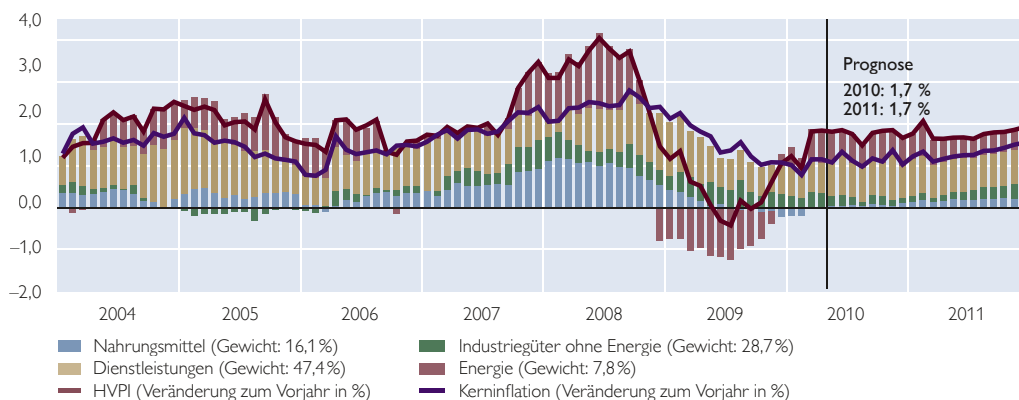
Da der Beschäftigungsrückgang im Vergleich zur Stärke des Wachstumseinbruchs nur sehr moderat ausfiel, kam es 2009 zu einem deutlichen Anstieg der *Lohnstückkosten* (4,8%). Die höheren Kosten konnten aber nicht an die Kunden weitergegeben werden; die Gewinnspannen sanken deutlich (3,0%). Die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer blieben 2009 mit 2,4% aber deutlich unter den Tariflohnabschlüssen (3,4%). Die negative Lohndrift ergab sich einerseits durch den Abbau von Überstunden und den Wegfall von sonstigen freiwilligen Überzahlungen, wie Prämien, Boni etc., andererseits durch den überproportionalen Verlust von Arbeitsplätzen in der Sachgüterindustrie, die ein überdurchschnittliches Lohnniveau aufweisen. Die Ergebnisse der Lohn-

Grafik 4

## HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten

Letzte Beobachtung: April



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

runde für 2010 (1,6%) waren durch das Krisenjahr 2009 bestimmt. Für die Jahre 2011 bis 2012 werden wiederum höhere Abschlüsse von 1,9% bzw. 2,0% prognostiziert, die von einer leicht steigenden Lohndrift, steigenden Gewinnspannen und steigender Produktivität begleitet, aber immer noch leicht unter den Inflationsraten liegen werden. Aufgrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der weiterhin negativen Produktionslücke ist über den

gesamten Prognosehorizont mit keinem nennenswerten Preisdruck zu rechnen.

### 7 Risiken bei Wachstum nach unten gerichtet

Die Risiken für das *Wirtschaftswachstum* sind mehrheitlich nach unten gerichtet. Es kann zwar eine stärkere Korrekturbewegung für den „globalen Konjunkturpessimismus“ während der Krise zu Beginn des Jahres 2010 nicht ausgeschlos-

Tabelle 9

## Preis- und Kostenindikatoren für Österreich

	2009	2010	2011	2012
	Veränderung zum Vorjahr in %			
HVPI	+0,4	+1,7	+1,7	+1,8
HVPI Energie	-10,4	+8,0	+5,1	+3,8
HVPI ohne Energie	+1,5	+1,1	+1,4	+1,6
Deflator des privaten Konsums	+1,2	+1,7	+1,8	+1,8
Investitionsdeflator	+1,7	+1,7	+1,8	+1,9
Importdeflator	-1,9	+1,0	+1,7	+1,9
Exportdeflator	-1,6	+1,4	+1,9	+1,9
Terms of Trade	+0,2	+0,4	+0,2	+0,0
BIP-Deflator zu Faktorkosten	+1,7	+1,6	+1,7	+1,8
Lohnstückkosten	+4,8	-0,1	+0,6	+0,7
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer	+2,4	+1,3	+1,9	+2,1
Arbeitsproduktivität	-2,3	+1,4	+1,3	+1,4
Tariflohnabschlüsse	+3,4	+1,6	+1,9	+2,0
Gewinnspannen <sup>1</sup>	-3,0	+1,7	+1,1	+1,1

Quelle: 2009: Eurostat, Statistik Austria; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

<sup>1</sup> BIP-Deflator durch Lohnstückkosten.

sen werden, mittelfristig überwiegen aber die Abwärtsrisiken. Besonders der weltweit hohe Konsolidierungsbedarf der Staaten und die rasche Rückführung der fiskal- und geldpolitischen Stimuli könnten das Wirtschaftswachstum mehr als erwartet dämpfen. Zu diesbezüglichen Wachstumseffekten in Österreich siehe Kasten 1. Ein Abwärtsrisiko geht auch von etwaigen neuerlichen Spannungen auf den Finanzmärkten aus. Eine weitere Abwertung des Euro würde allerdings für die europäische Exportwirtschaft förderlich sein. Schlussendlich stellen auch weiter steigende Rohstoffpreise ein Risiko für den Konjunkturverlauf dar.

Eine neuerliche Rohstoffpreishausschuss ist auch das wichtigste Aufwärtsrisiko für die *Inflation*. Darüber hinaus könnte eine einnahmenseitige Budgetkonsoli-

dierung über Gebühren- und Steuererhöhungen zu einem zusätzlichen Preisauftrieb führen. Eine weitere Abwertung des Euro und ein mittelfristig stärkeres Wirtschaftswachstum würden die Inflation ebenfalls erhöhen. Angesichts immer noch steigender Arbeitslosenzahlen, zumindest kurzfristig bestehender Überkapazitäten und einer bis zum Prognosehorizont negativen Output-Lücke ist allerdings auch eine niedrigere Lohn- und Preisinflation nicht auszuschließen. Die Inflationsrisiken scheinen daher ausgewogen.

## 8 Prognoserevisionen durch Exportnachfrage getrieben

Die der Prognose zugrunde liegenden Annahmen über das Wachstum der Weltwirtschaft wurden seit der OeNB-Prognose vom Dezember 2009 nach

Tabelle 10

### Veränderung der externen Rahmenbedingungen seit der Prognose vom Dezember 2009

	Juni 2010			Dezember 2009		Differenz	
	2010	2011	2012	2010	2011	2010	2011
	Veränderung zum Vorjahr in %						
Wachstum der österreichischen Exportmärkte	+7,4	+4,7	+6,0	+3,4	+3,8	+4,0	+0,9
Preise der Wettbewerber auf Österreichs Exportmärkten	+3,9	+2,0	+1,4	-0,1	+1,1	+4,0	+0,9
Preise der Wettbewerber auf Österreichs Importmärkten	+3,1	+1,8	+1,3	+0,1	+1,1	+3,0	+0,7
	in USD						
Erdölpreis/Barrel Brent	79,5	83,7	86,3	81,4	85,9	-1,9	-2,2
	Veränderung zum Vorjahr in %						
Nominal-effektiver Wechselkurs auf der Exportseite	+2,3	+0,5	+0,0	-0,4	+0,0	+2,7	+0,5
Nominal-effektiver Wechselkurs auf der Importseite	+1,4	+0,2	+0,0	-0,1	+0,0	+1,5	+0,2
	in %						
Drei-Monats-Zinssatz	0,8	1,1	1,7	1,2	2,4	-0,4	-1,3
Langfristiger Zinssatz	3,4	3,8	4,2	3,9	4,4	-0,5	-0,6
	Veränderung zum Vorjahr in %						
BIP real, USA	+3,1	+2,2	+2,8	+1,9	+2,3	+1,2	-0,1
	in USD/EUR						
USD/EUR-Wechselkurs	1,29	1,26	1,26	1,49	1,49	-0,20	-0,23

Quelle: Eurosystem.

oben revidiert. Für 2010 wird nun ein um 4,0 Prozentpunkte stärkeres Wachstum der Importnachfrage auf den österreichischen Exportmärkten erwartet. Die Erdölpreise sind leicht gesunken, der reale Wechselkurs hat sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch nominal-effektiv leicht an Stärke verloren. Das gesunkene Zinsniveau schlägt sich mit etwas niedrigeren lang- und kurzfristigen Zinsen über den gesamten Prognosehorizont nieder.

Die Auswirkungen der geänderten externen Annahmen wurden mithilfe des makroökonomischen Modells der OeNB simuliert. Für das Jahr 2010 begünstigt vor allem das stärkere außenwirtschaftliche Umfeld – insbesondere das stark nach oben revidierte Nachfragewachstum auf den österreichischen Exportmärkten – das BIP-Wachstum mit +0,3 Prozentpunkten, für 2011 mit +0,6 Prozentpunkten. Daneben stützen die niedrigeren Zinsen das Wachstum.

Tabelle 11 listet die Ursachen für die Revision der Prognose im Detail auf. Diese erklärt sich neben den Effekten der geänderten externen Annahmen aus den Auswirkungen neuer Daten und einem verbleibenden Rest („Sonstiges“).

Der Einfluss neuer Daten erfasst die Auswirkungen der Revisionen von bereits zum Zeitpunkt der letzten Prognose verfügbaren historischen Daten (bis zum dritten Quartal 2009) und den Prognosefehlern der letzten Prognose für die nunmehr erstmals veröffentlichten Quartale (Daten für das dritte Quartal 2009 und das erste Quartal 2010). „Sonstiges“ inkludiert geänderte Experteneinschätzungen über die Entwicklung heimischer Größen, wie z. B. den öffentlichen Konsum oder die Tariflohnabschlüsse und allfällige Modelländerungen. Dabei zeigt sich, dass für das Jahr 2010 Datenrevisionen (–0,1 Prozentpunkte) und Prognosefehler (–0,1 Prozentpunkte) die Prognose negativ beeinflussen. Für das Jahr 2011 spielen historische Datenrevisionen keine Rolle mehr. In den verbleibenden Rest (2010: +0,3 Prozentpunkte; 2011: –0,4 Prozentpunkte) geht eine Korrektur der generell zu negativen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in der OeNB-Prognose vom Dezember 2009 und bezüglich der Tariflohnabschlüsse ein. Die Aufwärtsrevision der Inflationsprognose beruht im Wesentlichen auf den höheren unterstellten Energiepreisen.

Tabelle 11

### Aufteilung der Prognoserevisionen

	BIP		HVPI	
	2010	2011	2010	2011
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Prognose vom Juni 2010	+1,6	+1,8	+1,7	+1,7
Prognose vom Dezember 2009	+1,2	+1,6	+1,5	+1,6
Differenz	+0,4	+0,2	+0,2	+0,1
	in Prozentpunkten			
Verursacht durch:				
Externe Annahmen	+0,3	+0,6	+0,1	+0,1
Neue Daten	–0,3	+0,0	+0,1	+0,0
davon: Revision historischer Daten bis Q3 09	–0,1	+0,0	x	x
Prognosefehler für Q4 09 und Q1 10	–0,1	+0,0	+0,1	x
Sonstiges <sup>1</sup>	+0,3	–0,4	+0,0	+0,0

Quelle: OeNB-Prognosen vom Juni 2010 und vom Dezember 2009.

<sup>1</sup> Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen, wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

### OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder<sup>1</sup> Binnenkonsum weiter schwach; graduelle Erholung von der Außenwirtschaft getrieben

Die Wirtschaftsleistung in der CESEE-8<sup>2</sup> Region schrumpfte im Jahr 2009 um durchschnittlich 3,5 % (im Vergleich zu –4 % im Euroraum), was die schärfste Rezession seit Beginn der wirtschaftlichen Transformation in den frühen 1990er-Jahren darstellte. Die Entwicklung in den einzelnen Ländern verlief höchst unterschiedlich: Während Polen auch in der Krise leicht wuchs (+1,7%), ging die Wirtschaftsleistung in allen anderen Ländern (teils deutlich) stärker als im Durchschnitt zurück (in einer Bandbreite von –4,2% in der Tschechischen Republik bis –18% in Lettland).

#### Wachstumsprognose für die CESEE-8

	Eurostat		OeNB
	2009	2010	2011
	Jahreswachstumsrate in %		
CESEE-8	–3,5	1,3	3,0
Bulgarien	–5,0	0,3	2,9
Tschechische Republik	–4,2	1,3	2,6
Ungarn	–6,3	–0,2	2,5
Polen	1,7	3,0	3,4
Rumänien	–7,1	0,8	3,1

Quelle: OeNB-Prognose vom März 2010, Eurostat.

2010 wird die CESEE-8-Region gemäß OeNB-Prognose wieder eine leicht positive Wachstumsrate von durchschnittlich 1,3 % erreichen. Die Heterogenität der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern bleibt allerdings bestehen: Genauso wie im Jahr 2009 wird Polen deutlich stärker als die übrige Region wachsen. In der Tschechischen Republik und in Rumänien wird die Wirtschaftsleistung um etwa 1 % zunehmen, während sie in Bulgarien und Ungarn stagnieren wird. 2011 wird sich die konjunkturelle Dynamik in den Ländern wieder annähern und die CESEE-8 werden um durchschnittlich 3 % wachsen. Trotz der

Erholung wird das Wachstum allerdings auch mittelfristig aller Voraussicht nach nicht an die Boomjahre vor der Krise heranreichen.

Das Wachstum im Jahr 2010 wird unter der Annahme einer steigenden internationalen Nachfrage vor allem von den Nettoexporten und einem Drehen des Lagerhaltungszyklus getrieben werden. Außer für Polen wird die Binnennachfrage in keinem Land eine wichtige Rolle für die Konjunktur spielen.

Niedrige Kapazitätsauslastungsquoten, eine schwache Binnennachfrage und teils erschwerte Finanzierungsbedingungen dämpfen die Investitionsausgaben. Für Bulgarien wird dabei mit einem weiteren Rückgang gerechnet, während die Kapitalbildung in der Tschechischen Republik und Ungarn stagnieren und in Rumänien nur leicht steigen wird. Am stärksten sollten die Investitionen in Polen aufgrund größerer öffentlicher und von der EU ko-finanzierter Projekte wachsen. Auch hier wird die Investitionsquote im historischen Vergleich allerdings niedrig bleiben. Eine Verschlechterung der Situation auf den Arbeitsmärkten, fallende Reallöhne und teils hohe Belastungen durch den Schuldendienst werden sich negativ auf den privaten Konsum auswirken. Die Fiskalpolitik in der Region wird weiterhin von Konsolidierungsbemühungen gekennzeichnet bleiben und damit keine direkten positiven Impulse auf die Binnennachfrage haben.

Aufgrund der schwachen Binnenkonjunktur wird nur ein moderates Importwachstum erwartet. Aufgrund dessen werden die Nettoexporte – wie bereits 2009 – die einzige substanzielle Konjunkturstütze in der Region darstellen. Die Ausnahme davon stellt Polen dar, wo die Außenwirtschaft aufgrund einer etwas höheren Importdynamik leicht negativ zum Wachstum beitragen wird.

Der Wachstumsbeitrag der Binnennachfrage wird sich im Jahr 2011 ins Positive drehen. Ein Anziehen der internationalen Nachfrage wird sich günstig auf die Exporte auswirken, was wiederum zu höherem Investitionswachstum führt. Ausgehend von einem niedrigen Niveau

<sup>1</sup> Erstellt von Josef Schreiner (Josef.Schreiner@oenb.at) und Julia Wörz (Julia.Woerz@oenb.at).

<sup>2</sup> Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien (alle zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben).

wird auch der private Konsum etwas zunehmen. Beide Faktoren tragen zu steigenden Importen bei. Diese werden sich etwas dynamischer als die Exporte entwickeln, wodurch der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte in der Gesamtregion auf etwa null zurückgehen wird. Die einzelnen Länder werden davon aber in unterschiedlichem Ausmaß betroffen sein: Während die Außenwirtschaft in der Tschechischen Republik und in Ungarn die Konjunktur weiter etwas stützt, gehen in den anderen Ländern leicht dämpfende Impulse von dieser Komponente aus. Alles in allem wird sich dadurch die Binnennachfrage im Jahr 2011 wieder zur Hauptkonjunkturstütze entwickeln.

Abwärtsrisiken für die Prognose ergeben sich, wenn die Annahme einer graduellen Erholung im Euroraum sowie einer stetigen Verbesserung der externen Finanzierungsbedingungen durch eine unerwartet schwache Konjunktorentwicklung der Weltwirtschaft und im Euroraum nicht erfüllt werden (Risiko eines Double-Dip). Analog ergibt sich im Fall einer stärkeren Erholung jedoch auch ein Aufwärtsrisiko. Mögliche Schwankungen des Investorenvertrauens (vor allem der Risikobereitschaft gegenüber Schwellenländern) stellen einen weiteren Unsicherheitsfaktor dar, wobei grundsätzlich mit einer Stabilisierung im Jahr 2010 und einer leichten Verbesserung 2011 gerechnet wird. Die Risikobereitschaft könnte aber auch unter den langjährigen Durchschnittsverhalten verharren, was negative Implikationen für den längerfristigen Aufholprozess der Region haben würde. Weiters wird erwartet, dass sich Fiskalkonsolidierungsmaßnahmen vor allem im Jahr 2010 negativ auf die Binnennachfrage auswirken werden. Daraus ergibt sich ein Abwärtsrisiko für 2011 für den Fall, dass sich der private Konsum aufgrund eines länger anhaltenden Konsolidierungsbedarfs unerwartet schwach entwickelt. Generell ist das Risiko-profil aber etwas ausgeglichener als zum Zeitpunkt der letzten Prognose im Herbst 2009.

### BOFIT-OeNB<sup>3</sup>-Prognose für Russland: Erholung vom tiefen Abschwung

Die Stabilisierung der internationalen Nachfrage und die positiven Entwicklungen der Preise auf den Rohstoffmärkten werden im Jahr 2010 die Einkommens- und Nachfrageentwicklung der russischen Konsumenten und Unternehmen positiv beeinflussen. Das jährliche Wachstum wird auch aufgrund von Basiseffekten 2010 deutlich stärker ausfallen. Die russischen Haushalte sind im Großen und Ganzen nicht stark verschuldet, was auf eine rasche Erholung des privaten Konsums in den Jahren 2010 bis 2011 hoffen lässt. Aufgrund der Normalisierung der Situation auf den Finanzmärkten und der Erholung des Bankensektors sollten die Investitionen moderat ansteigen. Zusätzlich werden auch vom drehenden Lagerzyklus im Jahr 2010 positive Wachstumsimpulse ausgehen.

2010 werden die Ausfuhren wieder wachsen, bevor sich mittelfristig Kapazitätsbeschränkungen in der Energiewirtschaft und ungenügende Neuinvestitionen dämpfend auf die Exportentwicklung auswirken sollten. Gleichzeitig wird aber die Importnachfrage aufgrund einer höheren Dynamik beim privaten Konsum sowie einer leichten Aufwertung des russischen Rubels (dessen realer Wechselkurs in etwa wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat) deutlich steigen. Ab 2011 wird daher die Außenwirtschaft negativ zum Wachstum beitragen.

Die erwartete Zunahme des Welthandels wird sich in einer höheren Nachfrage und in steigenden Preisen für Rohstoffe und Energie (zwei der Hauptexportgüter des Landes) niederschlagen. Schwächer als erwartet steigende Preise würden sich dämpfend auf die Konjunktur auswirken und stellen daher ein Abwärtsrisiko dar. Etwaige erneute Finanzmarkturbulenzen und damit verbundene Kapitalabflüsse könnten einen negativ-

#### Wachstumsprognose für Russland

	Rosstat	BOFIT-OeNB	
	2009	2010	2011
	Jahreswachstumsrate in %		
Russland	-7,9	5,5	5,0

Quelle: BOFIT-OeNB Prognose vom März 2010, Rosstat.

<sup>3</sup> Die Prognose für Russland wird halbjährlich vom Bank of Finland Institute for Economics in Transition (BOFIT) in Zusammenarbeit mit der OeNB erstellt.

en Effekt auf die Finanzierungsbedingungen russischer Unternehmen haben. Darüber hinaus könnte eine unerwartet starke Kreditaufnahme des öffentlichen Sektors private Investitionsprojekte verdrängen.

### OeNB-Prognose für Kroatien: Stagnation in 2010; Wachstumsimpuls für 2011 durch potenziellen EU-Beitritt

Das Wirtschaftswachstum in Kroatien wird 2010 stagnieren. Aufgrund eines niedrigen Wirtschaftsvertrauens, weiter angespannter Finanzierungsbedingungen, beschränkten fiskalischen Spielraums und sich weiter verschlechternder Arbeitsmarktbedingungen werden sich sowohl der private Konsum als auch die Investitionstätigkeit weiter sehr gedämpft entwickeln. Eine Wiederauffüllung der Lager sollte die Binnennachfrage aber zumindest etwas stützen. Die Importe werden aufgrund der schwachen Binnennachfrage stärker als die Exporte schrumpfen, wodurch die Nettoexporte die Hauptantriebsfeder der Konjunktur bleiben werden.

#### Wachstumsprognose für Kroatien

	Eurostat	OeNB	
	2009	2010	2011
	Jahreswachstumsrate in %		
Kroatien	-5,8	-0,1	1,8

Quelle: OeNB Prognose vom März 2010, Eurostat.

2011 wird die Wirtschaft wieder leicht expandieren (+1,8%). Mit einem positiven Beitrag der Binnenkonjunktur und negativen Beiträgen der Nettoexporte wird sich die Wachstumszusammensetzung im Vergleich zu den Jahren 2009 und 2010 deutlich verändern. Wie die Erfahrung aus anderen EU-Erweiterungsrunden zeigt, sollte sich der näherkommende EU-Beitritt positiv auf die Investitionstätigkeit auswirken (gemeinsam mit wieder anspringender Kreditvergabe).

Unter der Annahme, dass die Beitrittsverhandlungen bereits 2010 abgeschlossen werden können, wäre ein EU-Beitritt mit 1. Jänner 2012 wahrscheinlich, was sich in Vorzieheffekten bei den Importen und somit in einem etwas deutlicher negativen Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft niederschlagen könnte.

#### Literaturverzeichnis

- Gaggl, P. und J. Janger. 2009.** Wird die aktuelle Rezession nachhaltige Auswirkungen auf das Produktionspotenzial in Österreich haben? In: Geldpolitik & Wirtschaft Q3/09. OeNB. 27–57.
- Grossmann, B., J. Janger und L. Reiss. 2009.** Fiskal- und strukturpolitische Herausforderungen der Wirtschaftskrise 2008/09. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q4/09. OeNB. 35–65.

## Tabellenanhang: detaillierte Ergebnistabellen

Tabelle 12

### Nachfragekomponenten (real)

Verkettete Volumenangaben (Referenzjahr = 2000)

	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	in Mio EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	139.039	140.525	141.829	143.268	+0,8	+1,1	+0,9	+1,0
Öffentlicher Konsum	49.106	49.451	49.753	50.044	+1,0	+0,7	+0,6	+0,6
Bruttoanlageinvestitionen	51.978	49.624	50.375	51.851	-7,5	-4,5	+1,5	+2,9
davon: Ausrüstungsinvestitionen	19.639	18.438	18.803	19.411	-8,5	-6,1	+2,0	+3,2
Wohnbauinvestitionen	11.067	10.636	10.642	10.833	-6,2	-3,9	+0,1	+1,8
Investitionen in Nichtwohnbauten und sonstige Investitionen	22.097	21.340	21.708	22.391	-1,8	-3,4	+1,7	+3,1
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	3.238	3.363	3.522	3.595	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	243.362	242.962	245.479	248.759	-1,5	-0,2	+1,0	+1,3
Exporte insgesamt	130.614	136.593	143.946	152.738	-15,0	+4,6	+5,4	+6,1
Importe insgesamt	117.889	119.370	124.449	130.966	-13,1	+1,3	+4,3	+5,2
Nettoexporte	12.725	17.222	19.497	21.772	x	x	x	x
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	256.087	260.184	264.976	270.530	-3,4	+1,6	+1,8	+2,1

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

Tabelle 13

### Nachfragekomponenten (laufende Preise)

	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	in Mio EUR				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	151.329	155.571	159.830	164.400	+2,0	+2,8	+2,7	+2,9
Öffentlicher Konsum	54.713	55.714	56.871	58.073	+5,3	+1,8	+2,1	+2,1
Bruttoanlageinvestitionen	57.438	55.791	57.681	60.528	-5,9	-2,9	+3,4	+4,9
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	3.209	3.311	3.332	3.510	x	x	x	x
Inlandsnachfrage	266.690	270.386	277.713	286.511	+0,2	+1,4	+2,7	+3,2
Exporte insgesamt	137.486	145.849	156.584	169.272	-16,4	+6,1	+7,4	+8,1
Importe insgesamt	126.823	129.748	137.554	147.492	-14,8	+2,3	+6,0	+7,2
Nettoexporte	10.662	16.101	19.030	21.780	x	x	x	x
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	277.352	286.488	296.744	308.291	-1,6	+3,3	+3,6	+3,9

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.



Tabelle 14

**Nachfragekomponenten (Deflatoren)**

	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	2000 = 100				Veränderung zum Vorjahr in %			
Privater Konsum	108,8	110,7	112,7	114,7	+1,2	+1,7	+1,8	+1,8
Öffentlicher Konsum	111,4	112,7	114,3	116,0	+4,2	+1,1	+1,5	+1,5
Bruttoanlageinvestitionen	110,5	112,4	114,5	116,7	+1,7	+1,7	+1,8	+1,9
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderungen)	109,7	111,5	113,4	115,4	+1,9	+1,6	+1,7	+1,8
Exporte insgesamt	105,3	106,8	108,8	110,8	-1,6	+1,4	+1,9	+1,9
Importe insgesamt	107,6	108,7	110,5	112,6	-1,9	+1,0	+1,7	+1,9
Terms of Trade	97,8	98,2	98,4	98,4	+0,2	+0,4	+0,2	+0,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>108,3</b>	<b>110,1</b>	<b>112,0</b>	<b>114,0</b>	<b>+1,8</b>	<b>+1,7</b>	<b>+1,7</b>	<b>+1,8</b>

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

Tabelle 15

**Arbeitsmarkt**

	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	in Tsd				Veränderung zum Vorjahr in %			
Erwerbstätige insgesamt	4.211,6	4.219,9	4.243,7	4.271,1	-1,1	+0,2	+0,6	+0,6
davon: Privater Sektor	3.679,0	3.687,6	3.712,1	3.740,2	-1,3	+0,2	+0,7	+0,8
Unselbstständig Beschäftigte laut VGR	3.540,9	3.546,2	3.566,6	3.591,5	-0,8	+0,1	+0,6	+0,7
	in % des Arbeitskräfteangebots							
Arbeitslosenquote laut Eurostat	4,8	5,0	5,1	5,1	x	x	x	x
	in EUR je realer Output-Einheit x 100							
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft <sup>1</sup>	65,3	65,2	65,7	66,1	+4,8	-0,1	+0,6	+0,7
	in Tsd EUR je Beschäftigten							
Arbeitsproduktivität in der Gesamtwirtschaft <sup>2</sup>	60,8	61,7	62,4	63,3	-2,3	+1,4	+1,3	+1,4
	in Tsd EUR							
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, real <sup>3</sup>	36,5	36,3	36,4	36,5	+1,2	-0,4	+0,1	+0,3
	zu laufenden Preisen in Tsd EUR							
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer, brutto	39,7	40,2	41,0	41,9	+2,4	+1,3	+1,9	+2,1
	zu laufenden Preisen in Mio EUR							
Arbeitnehmerentgelt insgesamt, brutto	140.631	142.649	146.234	150.368	+1,5	+1,4	+2,5	+2,8

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

<sup>1</sup> Bruttolohnsumme durch reales BIP.

<sup>2</sup> Reales BIP durch Gesamtbeschäftigung.

<sup>3</sup> Bruttolohnsumme je Arbeitnehmer durch Konsumdeflator.

Tabelle 16

**Leistungsbilanz**

	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
	<i>in Mio EUR</i>				<i>in % des nominellen BIP</i>			
<b>Handelsbilanz</b>	9.488,0	11.660,5	12.494,8	13.671,6	3,4	4,1	4,2	4,4
Güterbilanz	-2.149,0	-1.133,1	-1.112,9	-1.023,2	-0,8	-0,4	-0,4	-0,3
Dienstleistungsbilanz	11.637,0	12.793,6	13.607,7	14.694,8	4,2	4,5	4,6	4,8
Euroraum	62,0	207,3	918,2	1.504,2	0,0	0,1	0,3	0,5
Länder außerhalb des Euroraums	9.426,0	11.453,2	11.576,6	12.167,4	3,4	4,0	3,9	3,9
<b>Einkommensbilanz</b>	-1.403,0	-1.104,3	-1.108,0	-1.395,2	-0,5	-0,4	-0,4	-0,5
<b>Transferbilanz</b>	-1.761,0	-1.771,2	-1.464,8	-1.719,9	-0,6	-0,6	-0,5	-0,6
<b>Leistungsbilanz</b>	6.324,0	8.785,0	9.922,0	10.556,5	2,3	3,1	3,3	3,4

Quelle: 2009: Eurostat; 2010 bis 2012: OeNB-Prognose vom Juni 2010.

**Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse**

	2010	2011	2012	2010				2011				2012			
				Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
<b>Preise, Löhne, Kosten</b>															
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>														
HVPI	+1,7	+1,7	+1,8	+1,3	+1,9	+1,6	+1,8	+1,8	+1,7	+1,6	+1,7	+1,8	+1,8	+1,8	+1,8
HVPI ohne Energie	+1,1	+1,4	+1,6	+0,9	+1,2	+1,1	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,5	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6
Deflator des privaten Konsums	+1,7	+1,8	+1,8	+1,7	+1,8	+1,7	+1,7	+1,7	+1,8	+1,8	+1,9	+1,8	+1,8	+1,8	+1,8
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	+1,7	+1,8	+1,9	+1,8	+1,9	+1,7	+1,5	+1,5	+1,7	+2,0	+2,2	+2,1	+2,0	+1,9	+1,8
BIP-Deflator	+1,7	+1,7	+1,8	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	+1,6	+1,7	+1,7	+1,8	+1,7	+1,7	+1,8	+1,8
Lohnstückkosten	-0,1	+0,6	+0,7	+0,7	-0,7	-0,3	-0,1	-0,1	+0,8	+1,0	+0,9	+0,7	+0,7	+0,7	+0,6
Löhne pro Beschäftigten, nominell	+1,3	+1,9	+2,1	+1,3	+1,1	+1,2	+1,5	+1,9	+1,9	+2,0	+1,9	+1,9	+2,0	+2,2	+2,3
Produktivität	+1,4	+1,3	+1,4	+0,7	+1,8	+1,4	+1,7	+2,0	+1,1	+1,0	+1,0	+1,2	+1,4	+1,5	+1,7
Löhne pro Beschäftigten, real	-0,4	+0,1	+0,3	-0,3	-0,7	-0,6	-0,1	+0,2	+0,1	+0,1	+0,0	+0,1	+0,2	+0,4	+0,5
Importdeflator	+1,0	+1,7	+1,9	+1,0	+0,9	+1,2	+1,1	+1,3	+1,6	+1,8	+1,9	+1,9	+1,9	+1,9	+1,9
Exportdeflator	+1,4	+1,9	+1,9	+0,2	+1,5	+2,1	+2,0	+1,9	+1,9	+1,8	+1,9	+1,9	+1,9	+1,9	+1,9
Terms of Trade	+0,4	+0,2	+0,0	-0,8	+0,6	+0,9	+0,9	+0,6	+0,2	+0,0	-0,1	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
<b>Wirtschaftliche Aktivität</b>															
	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>														
BIP	+1,6	+1,8	+2,1	+0,0	+1,1	+0,4	+0,4	+0,4	+0,4	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,5	+0,6
Privater Konsum	+1,1	+0,9	+1,0	+0,3	+0,2	+0,3	+0,2	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2	+0,3	+0,3	+0,4
Öffentlicher Konsum	+0,7	+0,6	+0,6	+1,0	-1,0	-0,9	-0,4	+0,4	+0,9	+0,9	+0,3	+0,0	-0,2	-0,3	-0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-4,5	+1,5	+2,9	-1,9	-0,7	+0,0	+0,4	+0,5	+0,6	+0,6	+0,6	+0,7	+0,8	+1,0	+1,1
davon: Ausrüstungsinvestitionen	-6,1	+2,0	+3,2	-3,0	-0,6	+0,2	+0,5	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,7	+0,9	+1,1	+1,3
Wohnbauinvestitionen <sup>1</sup>	-3,9	+0,1	+1,8	-1,2	-1,2	-0,9	-0,1	+0,3	+0,4	+0,5	+0,5	+0,4	+0,4	+0,4	+0,5
Exporte	+4,6	+5,4	+6,1	-0,2	+3,5	+1,7	+1,3	+0,9	+1,0	+1,2	+1,4	+1,6	+1,5	+1,6	+1,7
Importe	+1,3	+4,3	+5,2	-0,2	+1,6	+1,2	+0,9	+0,9	+1,0	+1,1	+1,2	+1,3	+1,3	+1,5	+1,5
<i>Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten</i>															
Inlandsnachfrage	-0,2	+0,9	+1,2	+0,0	-0,2	+0,0	+0,1	+0,3	+0,4	+0,4	+0,3	+0,3	+0,3	+0,3	+0,4
Nettoexporte	+1,8	+0,9	+0,9	+0,0	+1,1	+0,4	+0,3	+0,1	+0,1	+0,1	+0,2	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2
Lagerveränderungen	+0,0	+0,1	+0,0	+0,0	+0,3	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0
<b>Arbeitsmarkt</b>															
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>														
Arbeitslosenquote laut Eurostat	5,0	5,1	5,1	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	5,1	5,1	5,1	5,1	5,0
<i>Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>															
Gesamtbeschäftigung	+0,2	+0,6	+0,6	+0,1	+0,0	+0,0	+0,1	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1
davon: Privater Sektor	+0,2	+0,7	+0,8	+0,2	+0,0	+0,0	+0,1	+0,2	+0,2	+0,3	+0,2	+0,2	+0,2	+0,2	+0,1
Unselbstständig Beschäftigte	+0,1	+0,6	+0,7	+0,2	+0,0	+0,0	+0,0	+0,2	+0,3	+0,3	+0,2	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1
<b>Zusätzliche Variablen</b>															
	<i>real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %</i>														
Real verfügbares Haushaltseinkommen	+0,1	+0,8	+1,5	+0,4	-0,2	-0,2	-0,1	+0,5	+0,4	+0,4	+0,3	+0,3	+0,4	+0,4	+0,4
<i>in % des verfügbaren nominellen Haushaltseinkommens (Sparquote) bzw. in % des realen BIP (Output-Gap)</i>															
Sparquote der privaten Haushalte	10,1	10,0	10,2	10,7	10,3	9,9	9,5	9,7	9,9	10,1	10,1	10,2	10,2	10,3	10,3
Output-Gap	-2,0	-1,7	-1,3	-2,5	-1,7	-1,8	-1,8	-1,9	-1,8	-1,6	-1,5	-1,4	-1,4	-1,3	-1,3

Quelle: OeNB-Prognose vom Juni 2010. Quartalswerte saisonbereinigt.

<sup>1</sup> Ohne sonstige Bauinvestitionen und sonstige Investitionen.

Tabelle 18

**Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich**

Indikator	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		Europäische Kommission	
	Juni 2010			März 2010		März 2010		Mai 2010		April 2010		Mai 2010	
	2010	2011	2012	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>													
<b>Hauptergebnisse</b>													
BIP (real)	+1,6	+1,8	+2,1	+1,3	+1,4	+1,3	+1,7	+1,4	+2,3	+1,3	+1,7	+1,3	+1,6
Privater Konsum (real)	+1,1	+0,9	+1,0	+0,7	+0,7	+0,7	+1,1	+1,1	+1,6	x	x	+0,8	+0,6
Öffentlicher Konsum (real)	+0,7	+0,6	+0,6	+1,0	-0,3	+0,8	+0,3	+1,3	+0,5	x	x	+1,2	+1,0
Bruttoanlageinvestitionen (real) <sup>1</sup>	-4,5	+1,5	+2,9	-1,9	+1,9	+0,7	+1,7	-3,6	+2,8	x	x	-1,4	+1,7
Exporte (real)	+4,6	+5,4	+6,1	+5,0	+6,2	+5,3	+5,4	+4,0	+7,7	x	x	+4,2	+4,9
Importe (real)	+1,3	+4,3	+5,2	+2,4	+4,8	+4,6	+4,6	+1,5	+6,8	x	x	+2,5	+3,8
BIP je Erwerbstätigen	+1,4	+1,3	+1,4	+1,2	+1,0	+1,6	+1,1	x	x	x	x	+1,5	+1,4
BIP-Deflator	+1,7	+1,7	+1,8	+0,7	+1,3	+1,1	+1,3	+1,2	+1,0	x	x	+0,6	+1,7
VPI	x	x	x	+1,4	+1,8	+1,3	+1,6	x	x	+1,3	+1,5	x	x
HVPI	+1,7	+1,7	+1,8	+1,4	+1,8	x	x	+1,4	+1,0	x	x	+1,3	+1,5
Lohnstückkosten	-0,1	+0,6	+0,7	+0,0	+0,8	x	x	x	x	x	x	+0,1	+0,7
Beschäftigte	+0,2	+0,6	+0,6	-0,2	+0,1	-0,3	+0,6	x	x	x	x	-0,1	+0,2
<i>in % des Arbeitskräfteangebots</i>													
Arbeitslosenquote <sup>2</sup>	5,0	5,1	5,1	5,2	5,4	5,5	5,5	4,9	5,0	5,4	5,5	5,1	5,4
<i>in % des nominellen BIP</i>													
Leistungsbilanz	3,1	3,3	3,4	2,5	2,9	x	x	3,0	3,4	1,8	1,7	3,1	4,1
Öffentliches Defizit	-4,5	-4,2	-3,9	-4,7	-4,0	-4,7	-4,0	-4,7	-4,6	-4,8	-4,5	-4,7	-4,6
<b>Prognoseannahmen</b>													
Erdölpreis in USD/ Barrel Brent	79,5	83,7	86,3	80,0	82,0	85,0	90,0	80,0	80,0	80,0	83,0	84,5	89,2
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,8	1,1	1,7	0,9	1,1	1,0	1,8	0,7	1,9	0,9	1,6	0,9	1,6
USD/EUR-Wechselkurs	1,29	1,26	1,26	1,35	1,35	1,35	1,35	1,28	1,28	1,36	1,35	1,36	1,35
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>													
BIP real, Euroraum	+0,7 bis +1,3	+0,2 bis +2,2	x	+1,0	+1,2	+1,0	+1,5	+1,2	+1,8	+1,0	+1,5	+0,9	+1,5
BIP real, USA	+3,1	+2,2	+2,8	+2,5	+2,2	+2,8	+2,4	+3,2	+3,2	+3,1	+2,6	+2,8	+2,5
BIP real, Welt	+4,0	+3,6	+4,2	+3,3	+3,5	x	x	+4,6	+4,5	+4,2	+4,3	+4,0	+4,0
Welthandel	+9,1	+5,9	+7,0	+10,0	+8,0	+9,0	+7,0	+10,6	+8,4	+7,0	+6,1	+8,9	+6,3

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission.

<sup>1</sup> Für IHS: Bruttoinvestitionen.<sup>2</sup> Eurostat-Definition.

## **Workshop-Bände**

drei- bis viermal jährlich

Die im Jahr 2004 erstmals herausgegebenen Bände enthalten in der Regel die Beiträge eines Workshops der OeNB. Im Rahmen dieser Workshops werden geld- und wirtschaftspolitisch relevante Themen mit nationalen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien eingehend diskutiert. Die Publikation erscheint größtenteils auf Englisch.

## **Working Papers**

etwa zehn Hefte jährlich

Die Working-Paper-Reihe der OeNB dient der Verbreitung und Diskussion von Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu Themen, die für die OeNB von besonderem Interesse sind. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen und spiegeln jeweils die Meinung der Autoren wider.

## **Tagungsband zur Volkswirtschaftlichen Tagung**

jährlich

Die Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen zwischen Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktvertretern und der universitären Forschung dar. Der Konferenzband enthält alle Beiträge der Tagung.

## **Konferenzband zur Conference on European Economic Integration**

jährlich

Schwerpunkt der Conference on European Economic Integration (CEEI) der OeNB sind zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess. Der Konferenzband enthält Beiträge zur CEEI und erscheint auf Englisch in einem renommierten internationalen Verlag.

Näheres finden Sie unter <http://ceec.oenb.at>

## **Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht)**

jährlich

In mehreren Kapiteln werden im Geschäftsbericht der OeNB die Geldpolitik, die Wirtschaftslage, neue Entwicklungen auf den Finanzmärkten im Allgemeinen und auf dem Gebiet der Finanzmarktaufsicht im Speziellen, die sich wandelnden Aufgaben der OeNB und ihre Rolle als internationaler Partner erörtert. Der Bericht enthält auch den Jahresabschluss, die Wissensbilanz und die Umwelterklärung der OeNB.